

UNIA



DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Walker Späh: Diese Frau gönnt Verkäuferinnen keine Ruhe. Seite 6

Die Zeiten sind nicht für alle hart:

# Abzocker kennen keine Krise

Die **Lohnschere** geht weiter auf +++  
Normale **Löhne** und **Renten** sind immer weniger wert +++  
Essen, Wohnen, Krankenkasse – **alles wird teurer.**  
Darum braucht's jetzt den vollen **Teuerungsausgleich!**

Seiten 2 – 3 und 13

Am 25. September  
**2x NEIN**  
**AHV-  
ABBAU**

## Angriff auf AHV

21 Frauen und Männer sagen, warum sie Nein stimmen. Seiten 4–5

## Bau: Gesundheit in Gefahr

Trotz Monster-Hitze lassen die Meister chrapfen. Seite 7

## Mega-Erben sollen blechen

Superreiche schaden dem Klima enorm. Das soll für sie nicht mehr gratis sein. Seite 12

## Bussen: Wie Sie sich wehren

Ordnungsbussen sind ärgerlich. Vor allem, wenn sie nicht gerechtfertigt sind. Der grosse work-Ratgeber. Seiten 14–15



**workedito**  
Anne-Sophie Zbinden

## ACH, DU LIEBER SCHWAN!

Das Nachbarskind hat mir kürzlich offenbart, sein Berufswunsch sei Reichwerden. Aber wie? Als Mafiaboss oder eine Bank überfallen? Nein, in der Schweiz geht's auch ganz legal: als Pharma-Chef, Bank-CEO oder Ems-Chemie-Aktionärin. Das ist leider nicht neu. Empörend ist aber die Dreistigkeit, mit der sich die Reichen trotz Krise bereichern. Im letzten Jahr hat sich die Lohnungleichheit in der Schweiz noch vergrössert (Seite 2, 3). Oben prassen, unten sogar schassen. So geschehen bei Novartis: Im Jahr 2021 hat CEO Vasant Narasimhan 11,3 Millionen garniert. Das ist 195 Mal

### Nach dem Dürre-Sommer folgt der heisse Herbst.

mehr als die niedrigsten Einkommen der Novartis-Mitarbeitenden. Trotzdem will der Pharmamulti weltweit 8000 Stellen abbauen, davon 1400 in der Schweiz. Oder Roche-Führer Severin Schwan. Seit Jahren steht er bei der Unia-Lohnungleichheitsstudie an der unrühmlichen Spitze der «Bad Ten». Schwan garniert über 15 Millionen Franken pro Jahr. Die Roche-Lohnschere beträgt 1:307. Oder anders ausgedrückt: Die Mitarbeitenden mit den tiefstmöglichen Löhnen müssten 307 Jahre arbeiten, um gleich viel zu verdienen wie der Roche-CEO in einem einzigen Jahr. Ach, du lieber Schwan!

**DARUM!** Nach einem Dürre-Sommer folgt jetzt ein heisser Herbst: Die Teuerung frisst den Lohnabhängigen ein Loch ins Portemonnaie. Darum: Rauf mit den Löhnen! Schliesslich hat der Chef des Warenprüfungskonzerns SGS, Frankie Ng, auch eine Lohnerhöhung von 109 Prozent erhalten. Da scheint die Forderung der Gewerkschaften geradezu bescheiden: Teuerungsausgleich plus einen Anteil am Produktivitätsgewinn der letzten Jahre.

Die rechten Parteien und die Finanzindustrie wollen die AHV schwächen, auf dem Buckel der Frauen, und uns alle erst noch länger chrapffen lassen (Seiten 4, 5). Darum: 2 Mal Nein zum AHV-Abbau! Denn die AHV ist eine solide und preisgünstige Altersvorsorge.

Heiss ist und bleibt es für die Bauleute. Auch weil der Baumeisterverband sich bislang gegen einheitliche und verbindliche Hitzeregeln sträubt (Seite 7). Darum: Mehr Schutz und Hitzeregeln! Und eine Festlegung dieser Regelungen im neuen Landesmantelvertrag (LMV). Doch die Baumeister wollen lieber die 50-Stunden-Woche.

Frische gibt's wohl erst im Winter. Besonders für jene, die sich keine warme Stube mehr leisten können. Denn Haushalte mit den tiefsten Einkommen zahlen einen mehr als drei Mal so hohen Anteil ihres Einkommens für Energie, Mieten und Krankenkassenprämien als die reichsten Haushalte. Kühl könnte es auch deshalb werden, weil die Schweiz die Energiewende verschlafen hat und nach wie vor öl- und gasabhängig ist. Darum: Ja zu mehr Solarenergie! Und wieso nicht auch zur Sandbatterie? (Seite 12)

**GEGENPOL.** Ich übernehme das work-Steuer in bewegten Zeiten. Die Angriffe auf Löhne, Renten und Arbeitszeiten sind nicht neu, erhalten aber unter dem Deckmantel der Krise neuen Aufwind. Darum braucht es die Gewerkschaften. Darum braucht es ein work, das work bleibt: eine linke Zeitung, die sich zu einem anwaltschaftlichen Journalismus bekennt. Ein Sprachrohr der Búezerrinnen und Búezer, ein Gegenpol zu den Reichen und Mächtigen.

Doch nicht alles bleibt beim Alten. Neu bei work ist Darija Knežević. Sie ist als Praktikantin in der «Blick»-Wirtschaftsredaktion bei der Zeitungslektüre auf work gestossen. Ihr war sofort klar: «Dort will ich hin!» Danke, Ringier! Neu ist auch der Comic auf Seite 17. Vulpino ist ein schlauer Fuchs, der auch Zähne zeigen kann. Willkommen, liebe Darija, willkommen, Vulpino! Und willkommen, liebe Leserinnen und Leser, im neuen alten work.

# Teuerung noch massiver – und Entspannung nicht in Sicht Was jetzt teurer wird, tut im Portemonnaie richtig weh

**Die Teuerung ist zurück – und sie scheint zu bleiben. Das ist gerade für untere und mittlere Einkommen ein Problem. Hier zwackt die Inflation besonders schmerzhaft vom Geld ab, das zur Verfügung steht. Unterdessen machen einige Krisenprofiteure unverschämte Gewinne.**

CLEMENS STUDER

Zwar wird nicht alles teurer. Aber vor allem die Preise für Waren und Dienstleistungen steigen, die in Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen das Budget besonders belasten: Treibstoffe, Strom und Lebensmittel. Zusammen mit steigenden Mieten und dem absehbaren Prämien-schock bei den Krankenkassen ist das eine toxische Mischung.

Der offizielle Landesindex der Konsumentenpreise (LIK) stieg im Juli im Vergleich zum Vorjahr um 3,4 Prozent. Die sogenannte Kerninflation (frische und saisonale Produkte, Energie und Treibstoffe rausgerechnet) lag bei 2 Prozent. Die Inlandgüter wurde 1,8 Prozent teurer und die Importgüter 8,4 Prozent. Der LIK umfasst 12 Ausgabekategorien der Haushalte.

Einen Index der «gefühlten Teuerung» erstellt die Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich (KOF) zusammen mit dem Vergleichsdienst Comparis. Hier werden die Preise für Güter und Dienstleistungen des alltäglichen Bedarfs verglichen, also ohne langlebige Anschaffungen und Mieten. Im Juni lag die so gemessene Teuerung bei 1,4 Prozent gegenüber dem Mai. Der LIK weist dagegen

### Der nächste Preisschock droht Ende August beim Strom.

für diesen Zeitraum lediglich eine Teuerung von 0,5 Prozent aus. Das bedeutet konkret: Ein Haushalt mit dem aktuellen Medianeinkommen (die Hälfte verdient mehr, die andere weniger) von 79 980 Franken (in 13 Monatslöhnen) hatte bei alltäglichen Beschaffungen real im Juni rund 86 Franken weniger als im Mai im Portemonnaie. Im



**BALD LUXUS? Die Preise für Früchte, Gemüse & Co. steigen um 4,9 Prozent.**  
FOTO: ADOBE STOCK / MONTAGE: WORK

Vergleich mit dem Vorjahr stieg der Index der «gefühlten Teuerung» sogar um 5,6 Prozent.

### ESSEN, HEIZEN, FAHREN

Im Alltag wurde zwar «nicht alles» teurer, aber wesentliche Budgetposten schon. Zum Beispiel stiegen die Preise für Früchte, Gemüse, Kartoffeln und Pilze um 4,9 Prozent. Auch die Benzin- und Dieselpreise bleiben unverschämt hoch, obwohl sich die Rohölpreise nahezu wieder auf der Höhe von vor dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine eingependelt haben. Und obwohl der wegen des Zinsentscheids der Schweizer Nationalbank noch aufgeblähtere Franken das in Dollar gehandelte Öl für die Schweiz günstiger macht. Dafür verbuchen die Öl-Konzerne, die auch die meisten Tankstellen betreiben, Zusatzgewinne in Milliardenhöhe. In zahlreichen europäischen Ländern laufen dazu Unter-

suchungen – bei uns ist der Preisüberwacher politisch gewollt viel zahnloser und darum für die Krisengewinnler harmloser.

### UND JETZT DER STROM

Ein weiterer Preisschock droht Ende Monat beim Strom. Denn bis dann müssen die lokalen Stromversorger ihre neuen Tarife bekanntgeben. Das wird besonders für die Kundinnen und Kunden jener Verteiler hart, die keinen oder kaum eigenen Strom produzieren. Sie mach(t)en ihr Geld im wesentlichen mit Stromhandel – und die Strompreise auf dem freien Markt sind explodiert. Unter anderem, weil in Frankreich derzeit rund die Hälfte der AKW wegen Rostschäden vom Netz sind und Strom aus fossilen Kraftwerken wegen der gestiegenen Rohstoffpreise für Gas und Kohle massiv teurer ist.

### LIBERALISIERUNG IST TEUER

Ein kleiner, aber wichtiger Trost ist, dass der Strommarkt in der Schweiz gegen den Willen der rechten Parteien und der Wirtschaftsverbände für Privathaushalte und kleinere Verbraucher nicht vollständig liberalisiert ist. Hier kommt der Strom von lokalen Anbietern, und die werden von der staatlichen Regulationsbehörde Elcom kontrolliert. Anders sieht es bei Firmen aus, die mehr als 100 000 Kilowattstunden pro Jahr verbrauchen. 67 Prozent von ihnen stürzten sich ab 2008 in das Markt Abenteuer. Und bezahlen jetzt teuer dafür. Zum Beispiel beim Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (EWZ). Das Branchenportal insideparadeplatz.ch machte eine EWZ-Offerte vom Juli an ein KMU mit einigen Hundert Mitarbeitenden publik: Statt wie bis anhin rund 61 Franken pro Megawattstunde soll die Firma ab dem 1. Januar 2023 über 310 Franken bezahlen. Oder «auf dem Markt» einen günstigeren Anbieter finden. Träumen ist schliesslich auch in Zeiten der Teuerung nicht verboten. Marktgläubigkeit auch nicht.

## Noch bocken verantwortungslose Arbeitgeber-Funktionäre, aber: Die Löhne müssen rauf, die Renten auch!

**Wegen explodierender Preise und Krankenkassenprämien braucht es dringend höhere Löhne, höhere Renten und höhere Prämienverbilligungen.**

CLEMENS STUDER

Die Teuerung nimmt weiter zu, die Krankenkassenprämien werden steigen – und auch die Mieten. Damit verlieren die Haushalte massiv an Kaufkraft. Sie haben weniger im Portemonnaie. Und immer mehr Menschen in diesem Land können den sprichwörtlichen Gürtel nicht noch enger schnallen, weil sie ihn bereits verkaufen mussten. Während die Superreichen auch in der Krise noch reicher wurden und die Top-Verdienenden immer noch unverschämter zulangten (siehe Seite 3), stagnierten die unteren und mittleren Einkommen in den vergangenen Jahren. Die aktuelle Teuerung verschärft die Lage

dieser Haushalte enorm. Sie verlieren dramatisch an Kaufkraft.

**EXISTENZBEDROHEND.** Bereits während der Coronakrise erlitten Hunderttausende Lohnabhängige einen einschneidenden Kaufkraftverlust. 1,5 Millionen waren in Kurzarbeit und erhielten weniger Lohn ausgezahlt. Betroffen davon waren Arbeitnehmende, die sowieso schon

### Viele Haushalte verlieren dramatisch an Kaufkraft.

niedrige oder gar prekäre Löhne haben. Und jetzt kommen Teuerungsraten, wie wir sie seit Jahrzehnten nicht mehr gekannt haben. Diese Situation ist für viele Menschen unterdessen existenzbedrohend. Die Folgen sind reale Lohn- und Rentenverluste in vierstelliger Höhe (siehe auch

1 x 1 der Wirtschaft auf Seite 13). Trotzdem bocken ideologische Arbeitgeber-Funktionäre immer noch und schwatzen verantwortungslos von «einem ganz normalen Lohnherbst».

**HÖHERE RENTEN.** Dabei sind die Fakten klar: es braucht überall den Teuerungsausgleich. Und dazu eine Beteiligung der Lohnabhängigen an den von ihnen erarbeiteten Produktivitätsgewinnen. Denn diese haben die meisten Firmen in den vergangenen Jahren in die Taschen von Managern und Aktionärinnen gesteckt. Dass «Teuerung plus» möglich ist, zeigt exemplarisch der Abschluss im Gastrogewerbe. Also ausgerechnet in einer Branche, die von der Coronakrise besonders gebeutelt wurde: Hier erreichte die Unia den Teuerungsausgleich plus eine Anhebung der Mindestlöhne um bis zu 40 Franken pro Monat. Ebenfalls dringend nötig ist die Anhe-



**WARNENDE WORTE: SGB-Präsident Pierre-Yves Maillard.**

bung der AHV-Renten. Und die Ausweitung der Prämienverbilligungen zur Abfederung des absehbaren Prämienchocks (die work-Analyse hier: [rebrand.ly/kaufkraft-retten](https://rebrand.ly/kaufkraft-retten)). «Wenn die Arbeitgeber die Löhne nicht erhöhen», bringt es SGB-Präsident Pierre-Yves Maillard auf den Punkt, «wird es soziale und politische Unruhen geben.»

FOTO: MARCO ZANONI / LUNAX

# Unia-Studie: Roche-CEO Schwan ist erneut Ober-Abzocker Geldregen für Chefs, Brösmeli für Buezer

**Der Raubzug von Management und Aktionariat auf die Konzerngewinne geht munter weiter. Im Schnitt beträgt die Lohnschere 1:141. Das zeigen neueste Berechnungen der Unia.**

RALPH HUG

Vor zwei Jahren lag in den grossen Schweizer Konzernen der höchste Lohn 136 Mal höher als der tiefste im Betrieb. Jetzt ist diese riesige Ungleichheit noch angewachsen. Sie beträgt nun 1 zu 141. Mit anderen Worten: Ein CEO sackt 141 Mal mehr ein als die am schlechtesten bezahlten Mitarbeitenden im Betrieb. Dies enthüllt die neue Lohnschere-Studie der Unia. Sie nimmt das aktuelle Verhältnis der höchsten und tiefsten Löhne in rund vierzig Schweizer Konzernen unter die Lupe.\*

Von Mässigung in der Teppichetage kann keine Rede sein. Im Gegenteil. Gerade bei Banken und Pharmafirmen wird weiter abgezockt, als hätte es nie eine Pandemie gegeben. Auf Platz eins der Ober-Abzocker rangiert weiterhin Roche-Chef Severin Schwan. Er kassiert ein Gehalt von über 15 Millionen Franken. Pro Jahr. Das ist 307 Mal so viel wie die Mitarbeitenden mit den tiefsten Löhnen im Basler Pharmariesen. Schlechter geht nicht.

## IT-BRANCHE ZOCKT TÜCHTIG MIT

Die zweitgrösste Lohnschere weist die UBS auf. Dort kassiert Ermotti-Nachfolger Ralph Hamers 221 Mal mehr als die untersten Mitarbeitenden. Ähnlich ungerecht geht's bei Novartis oder Nestlé zu und her (Quote 195 bzw. 201). Was aber nichts Neues ist. Neu hingegen sind zwei Konzerne in der Liga der zehn Grossunternehmen mit der unsozialsten Lohnstruktur. Nämlich die beiden Softwarefirmen Logitech und Temenos. Sie fallen mit grossen Lohnkluft-Quoten von 204 bzw. 189 auf. Das zeigt, wie auch im aufstrebenden IT-Bereich immer mehr Topmanager Gefallen an massloser Bereicherung finden. Sie streben an die Spitze der obersten Abzocker. So hat es Logitech-Chef Bracken Darrell geschafft, in die exklusive Gilde jener CEO aufzusteigen, die über zehn Millionen Franken pro Jahr einheimsen. Auch geschafft hat es der CEO der US-schweizerischen Augenlinsen-Firma Alcon, David J. Endicott. Dank einer Lohnerhöhung von 31 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Der Mann mit dem grössten Lohnsprung in der Teppichetage heisst jedoch Frankie Ng. Der 55jährige Manager mit Wurzeln aus China ist der Chef des Genfer

## Roche zahlt inzwischen fast doppelt so viel Geld ans Aktionariat aus wie an die eigenen Mitarbeitenden.

Warenprüfkonzerns SGS. Er verdiente 2020 noch 3,3 Millionen Franken, jetzt sind es 6,9 Millionen – mehr als doppelt so viel in kürzester Zeit.

Wo oben derart abkassiert wird, fallen unten meist nur noch Krümel an. In 50 Prozent der Unternehmen, welche die Unia-Studie untersucht, liegen die tiefsten Löhne sogar unter 4000 Franken im Monat. Das sind Tiefelöhne. So also sieht das Panorama in unseren Konzernen aus: oben prassen, unten knauern. Oder schassen: Nicht wenige Konzerne wie etwa Novartis oder Lindt & Sprüngli kündigten gleichzeitig grosse Gewinne und Hunderte von Entlassungen an. Soziale Verantwortung wird kleingeschrieben, es geht um Gewinn, Glanz und Profit.

## Ems Chemie: Goldesel der Familie Blocher



FOTO: KEYSTONE

In der Liste der CEO-Abzocker sucht man Blocher-Tochter und Ems-Chemie-Chefin Magdalena Martullo vergebens. Ihr Trick: Sie lässt sich einen vergleichsweise tiefen CEO-Lohn von rund 1,2 Millionen Franken auszahlen, kassiert dann aber umso mehr, weil sie zusammen mit ihren beiden Schwestern Hauptaktionärin ist. Just in diesen Tagen zahlt die Ems-Chemie eine um 25 Prozent höhere Dividende aus. Das spült der Blocher-Familie wiederum mehrere Hundert Millionen Franken in die Kasse. In nur einem Jahr! (rh)



**DAS SIND DIE 10 UNSOZIALSTEN FIRMEN!** Ein Lesebeispiel: Das Gehalt von Roche-CEO Severin Schwan (15 Millionen Franken) ist 307 Mal höher als der tiefste Lohn bei Roche in der Schweiz (im Bild der Roche-Turm in Basel). FOTO: KEYSTONE / QUELLE: UNIA / GRAFIK: WORK

zahlt inzwischen fast doppelt so viel Geld ans Aktionariat aus wie an die eigenen Angestellten. Geld, das dann für Innovationen fehlt.

Die Ungleichheit also wächst und wächst. Die Minder-Initiative gegen Abzockerei, die 2013 an der Urne spektakulär siegte, erweist sich weiterhin als stumpfes Schwert. So wie es der Gewerkschaftsbund vorausgesagt hatte. Was tun? Unia-Ökonomin und Studienverfasserin Noémie Zurlinden sagt: «Um die Ungleichheit zu verringern, braucht es endlich wieder substantielle Lohnerhöhungen.» Es bestehe grosser Nachholbedarf, da die tiefen Löhne im Gegensatz zu den obersten in den letzten Jahren stagnierten. Viele Arbeitnehmende erlitten Kaufkraftverluste und haben weniger im Portemonnaie als früher. Gerade jetzt verschärft sich die Lage noch. Denn die Teuerung zieht an, und die Krankenkassenprämien steigen ungebremst weiter. Zurlinden mahnt: «Die Unternehmen stehen in der Pflicht, ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung nachzukommen – und nicht bloss ihrer Verantwortung gegenüber dem Aktionariat.»

## 82 MILLIARDEN FÜR AKTIONÄRE

Aber nicht nur Topmanager langen unverfroren zu. Auch die Aktionärinnen und Aktionäre tun es. Über 82 Milliarden Franken flossen letztes Jahr als Dividenden in ihre Taschen. Allen voran beim Pharmamulti Roche, der allein 8,1 Milliarden Franken an Dividenden ausschüttete. Roche kaufte zudem noch für über 20 Milliarden Franken Aktien zurück und stampfte sie ein. Dies treibt den Wert der verbleibenden Aktien in die Höhe, wovon dann wieder die Spitzenmanager profitieren. Denn ihr Gehalt ist an den Aktienkurs gekoppelt. Roche

\* Noémie Zurlinden: Lohnschere-Studie 2022, Gewerkschaft Unia. Download: [rebrand.ly/lohnschere-studie](https://rebrand.ly/lohnschere-studie).

## XXXLutz schasst illegal

ZURN DORF (AT). Eine Betriebsversammlung des Möbelriesen XXXLutz in Österreich endet mit einem Eclat: Das Ziel, einen Betriebsrat zu gründen, scheiterte kläglich. Zuerst sagte die Unternehmensleitung die Versammlung nur wenige Stunden vor Beginn ab. Dann schickte sie dem Mitarbeiter, der die Versammlung einberufen hatte, die Kündigung. Für die Gewerkschaft Vida ist klar: Diese Entlassung ist unrechtmässig. Sie will gegen den Möbelkonzern klagen. XXXLutz ist seit 2018 auch in der Schweiz tätig: Er betreibt zwei Filialen, beteiligt sich an Conforama und hat Interio, Pfister und Lipo übernommen.

## Gewerkschafter unter Hausarrest

PIACENZA (IT). In Italien hat die Staatsanwaltschaft sechs Aktivistinnen der Gewerkschaften SI Cobas und USB unter Hausarrest gestellt. Die Anklage lautet unter anderem: Widerstand gegen die Staatsgewalt sowie Bildung einer kriminellen Vereinigung. Grund sind die Streiks in den Logistik-



**UNTER DRUCK:** Gewerkschafter wehren sich gegen die zunehmende Repression. FOTO: ZVG

lagern von Piacenza in der Nähe Mailands. Bereits seit mehreren Jahren sind die Gewerkschaften der örtlichen Polizei ein Dorn im Auge. Auch die Streikenden selber leben gefährlich: Im Juni 2021 überfuhr ein Lastwagen bei einer Streikblockade im Piemont den Arbeiter Adil Belakhdim (work berichtete: [rebrand.ly/adil-sempre](https://rebrand.ly/adil-sempre)).

## Stundenlohn: 1.20 Franken

DHAKA (BGD). Rund 150000 Arbeitende von Teeplantagen sind Mitte August in Bangladesh in den Streik getreten. Sie fordern höhere Löhne. Zurzeit erhalten Arbeiterinnen und Arbeiter in der Tee-Ernte sowie der Verarbeitung 120 Taka pro Tag. Das sind umgerechnet rund 1.20 Franken. Die Gewerkschaften vor Ort fordern einen Mindestlohn von 300 Taka pro Tag. Und sie machen klar: Solange an den Löhnen nicht geschraubt wird, werden Teeblätter weder gepflückt noch verarbeitet.

## Mehr Frauen an den Firmenspitzen

ZÜRICH. Der Schillingreport prüft jedes Jahr, wie es in den Schweizer Teppichetagen um Gleichstellung steht. Der neuste Bericht zeigt: Es besteht weiter Aufholbedarf. In den Geschäftsleitungen sitzen nur gerade 19 Prozent Frauen. Etwas besser sieht es in den Verwaltungsräten aus: Hier sind erstmals 30 Prozent der Mandate in Frauenhand. Das geschah aber nicht ganz freiwillig: Das revidierte Aktiengesetz verlangt von den Schweizer Konzernen, bis 2024 ganze 30 Prozent der Verwaltungsratsposten sowie 20 Prozent der Geschäftsleitungen mit Frauen zu besetzen.

Am 25. September geht's um viel: Die grosse Abstimmung über den neusten Rentenklau an den Frauen

# «Darum sagen wir 2x Nein zum AHV-Abbau!»



**Ein Nein zum AHV-Abbau auf dem Buckel der Frauen stoppt auch die bereits geplante Rentenalter-Erhöpfung für alle auf 67 Jahre. Darum sagen auch vernünftige Männer klar Nein zum Rentenklau an den Frauen.**

CLEMENS STÜDER

Mehr bezahlen für weniger Ware. Was wir im tagtäglichen Leben sofort als Verlust und Abbau erkennen, wollen uns die rechten Parteien und die Finanzindustrie bei der Altersvorsorge immer wieder als «vernünftig» und «dringend notwendig» schmackhaft machen. Sie wollen insbesondere die AHV schwächen. Die im soliden und preisgünstigen Umlageverfahren finanzierte AHV ist ihnen ein Dorn im Auge, seit sie diese nicht mehr verhindern konnten.

REINE ABBAU-VORLAGE

Über den nächsten rechten Angriff auf die AHV entscheiden wir am 25. September: «AHV 21». Es ist eine reine Abbauvorlage – diesmal ausschließlich auf dem Buckel der Frauen. Allein in den kommenden 10 Jahren sollen die Frauenrenten um 7 Milliarden gekürzt werden. Denn die Erhöhung des Rentenalters ist nichts anderes als eine Rentenkürzung. Gemessen am Medianeinkommen (die Hälfte verdient mehr, die

«HÄNDE WEG VON UNSEREN RENTEN»

Mehr als 1300 Menschen haben schon ihr ganz persönliches Statement gegen den AHV-Abbau abgegeben. work zeigt 21 davon (rechts). Jetzt mitmachen und eigene Nein-Botschaft hochladen: [ahv-abbau-nein.ch](http://ahv-abbau-nein.ch)

Hälfte weniger), macht das pro Frau 26000 Franken aus. Oder anders gesagt: die Erhöhung des Rentenalters um ein Jahr entspricht einer lebenslangen Rentensenkung um 5,6 Prozent. Dabei sind die Renten der Frauen bereits heute um einen Drittel kleiner als jene der Männer. Der grösste Teil der Rentenlücke entsteht bei den Pensionskassen. Dort sind Frauenrenten 63 Prozent tiefer als Männerrenten. In der AHV ist die Rentenlücke kleiner, auch weil ein Teil der unbezahlten Betreuungsarbeiten, die Frauen in enormem Masse leisten als Männer, zur Rentenbildung beiträgt. Darum ist die AHV gerade für Frauen zentral zur Alterssicherung. Von den heute erwerbstätigen Frauen sind 23 Prozent ausschließlich in der AHV fürs Alter versichert. Die ganze Ungleichheit im Überblick: [rebrand.ly/renten-luecke](http://rebrand.ly/renten-luecke).

RENTENALTER 67 FÜR ALLE

Unterdessen sind erste Umfragen zur Abstimmung erschienen. Bei Tamedia und «20 Minuten» stimmten insgesamt 53 Prozent der Erhöhung des Frauenrentenalters zu oder eher zu. 44 Prozent lehnten sie ab, und 3 Prozent sind noch unentschieden. Auffällig: Während nur gerade 36 Prozent der Frauen zustimmen wollen, lag der Ja-Anteil bei den Männern bei 71 Prozent. Über die Gründe lässt sich nur spekulieren. Klar ist aber: Wer als Mann denkt, er würde von einer Verschlechterung der AHV für Frauen profitieren, schneidet sich ins eigene Fleisch. Denn bei einem Ja kommt schon 2026 der nächste Abbauschritt, so hat es das Parlament bereits beschlossen. Wird AHV 21 angenommen, ist Rentenalter 67 programmiert. Und zwar für alle! Darum engagieren sich auch vernünftige Männer für 2 Mal Nein, also Nein zum höheren Rentenalter und Nein zur höheren Mehrwertsteuer am 25. September.

**AHV-Wissen stärken: Hochkarätige Webinare**

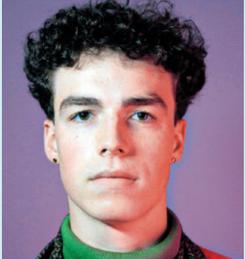
Movendo, das Bildungswerk der Gewerkschaften, bietet ab dem 29. August gratis Onlineseminare zur AHV-21-Vorlage an. Unter anderem dabei: **Daniel Lampart (SGB):** «Die finanzielle Zukunft der AHV». **Urban Hodel (SGB):** «Die Goldgrube: Abzocke mit unseren Renten vs. starke AHV». **Gabriela Medici (SGB):** «Rentenkürzung für die Frauen». **Paul Rechsteiner (Ständerat):** «Geschichte und Hintergrund der AHV». Die Webinare sind für alle zugänglich und gratis. Die genauen Daten und alle weiteren Infos gibt's hier: [movendo-digital.ch/ahv-avs21](http://movendo-digital.ch/ahv-avs21). (cs)



**Simone Meier, Sekundarlehrerin**  
 «Für die grosse Mehrheit der Arbeitnehmenden ist eine starke AHV essentiell. Darum sage ich Nein zum Renten-Abbau.»



**Jeannette Patrik, ehrenamtliche Tätigkeiten**  
 «Die Frauen leisten viel unbezahlte Arbeit und sind deshalb schon mit kleineren Renten bestraft.»



**Yves Henz, in Ausbildung**  
 «Diese Reform ist ein weiterer Angriff der Rechten auf die wohlverdiente Rente der Arbeiterschaft. Hände weg!»



**Sarah Zaugg, Musikerin**  
 «Einmal mehr sparen auf Kosten der Frauen? Nein!»



**Regula Keller, pensionierte Lehrerin**  
 «AHV stopfen, nicht rupfen: darum Nein zu AHV 21.»



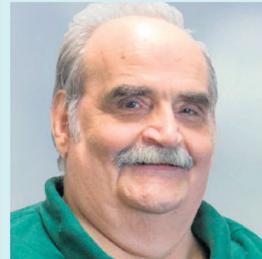
**Daphna Paz, Geschäftsleiterin Bildungszentrum ARC**  
 «Frauen erhalten bereits einen Drittel weniger Rente. Nun soll auf ihrem Rücken die AHV saniert werden. Nein zu AHV 21!»



**Sandra Jeker, Post-Mitarbeiterin**  
 «Es kann nicht sein, dass auf dem Buckel der Frauen wieder alles ausgetragen wird. Ab 50 ist man ja schon zu alt für den Arbeitsmarkt.»



**Luka Takoa, Philosoph**  
 «Gleichstellung braucht gleiche Rente, nicht gleiches Alter. Solange Frauen mit einem Drittel weniger Rente leben müssen, darf es keine Sanierungen auf ihre Kosten geben.»



**Bruno Eichin, Rentner**  
 «Sparen ja, aber nicht auf Kosten der Frauen!»



**Katharina Kiwic, Account Manager**  
 «Es ist eine Frechheit, mit AHV 21 die zukünftigen Probleme lösen zu wollen, wenn dabei die existierenden Ungerechtigkeiten verschärft werden.»



**Jan Weber, Sicherungsanlagentechniker SBB**  
 «Die Erhöhung des Rentenalters wird mehr Personen in die Sozialhilfe treiben.»



**Rahel Steffen, Physiotherapeutin**  
 «Ich bin absolut dagegen, noch stärker benachteiligt zu werden. Ich wünsche mir, dass wir gehört und bessere Lösungen gefunden werden!»



**Daniel Nyfeler, Kundenberater Postnetz AG**  
 «Solange Lohnungleichheit besteht und Frauen meist im Tieflohnssektor arbeiten, ist eine Verschlechterung inakzeptabel.»



**Iren Calvò-Trüb, pensioniert**  
 «Ein klares Nein zur Abbauvorlage. Die AHV müsste eher erhöht werden bei den aktuell steigenden Preisen.»



**Clotilde Pinto, Verkäuferin**  
 «Ich bin hässig, wie Tausende Frauen in der ganzen Schweiz! Nein zur AHV-21-Vorlage!»



**Silvana De Giorgi, kaufmännische Assistentin**  
 «Ein unbedingtes NEIN zur UNGERECHTEN AHV 21!»



**Eveline Nu, Aktivierungsfachfrau HF**  
 «Wir Frauen müssen für unsere Rechte einstehen. Dazu gehört auch das Recht auf eine würdige AHV-Rente.»



**Fabienne Binggeli, Malerin**  
 «Hätten wir sonst überall Gleichstellung, könnten wir von mir aus übers Rentenalter diskutieren. Doch Frauen verdienen immer noch weniger und schultern den Grossteil der unbezahlten Arbeit. Im Alter stehen wir dann mit leeren Händen da.»



**Urs Hänni, Mitarbeiter**  
 «Diese AHV-Vorlage ist klar diskriminierend gegenüber Frauen. Sie löst Probleme in keiner Weise. Und sie basiert auf Unwahrheiten.»



**Simon Meyer, Jurist, Geschäftsführer**  
 «Wollen wir die AHV fair finanzieren, gibt es andere Mittel, als das Rentenalter der Frauen zu erhöhen.»

PHOTOS: ZWISCHEN LUGER (1), SEBASTIAN KONWIKI (1)



ILLU: NINOTCHKA.CH

## Die Briefträgerin & der Monitor

Seit neustem hängt im Sortier-raum ein riesengrosser Monitor und ersetzt die bisherigen wenig beachteten Anschlagbretter.

Allerhand Vergleichszahlen leuchten da auf, unermüdlich werden die Teams und die Zustellen quantitativ verglichen. Die



Katrin Bärtschi ist Briefträgerin in Bern und Gewerkschafterin.

Briefträgerin findet's langweilig – was sagt es denn letztlich aus?

**KENNZAHLEN.** Wer schneller war, wer weniger Fehler machte – na ja. Welches Team wie viele Absenzen verzeichnet und so weiter und so fort. Betriebs- und Nichtbetriebsunfälle, aktuell und im

## Die Parole: «BZR Bern, Post für die Hauptstadt». Griffig.

Vergleich zum Vorjahr. Mit Hinweis auf die entstandenen Kosten. Statistik ohne Ende. «Teamkennzahlen» heisst solches – was für ein Wort! Ein Team kennzeichnen – oder erkennen – aufgrund der Zahlen, die es liefert?

Es gibt weitere Rubriken auf dem neuen elektronischen Anschlagbrett. Die Ein- und Austritte zum Beispiel, die Gratulationen für die bestandenen Lehrabschlussprüfungen und die Begrüssung der neuen Lernenden, der Abschiedsgruss des Chefs, ein Organigramm und eine Karte der «Flächenorganisation». Vorübergehend gültig, denn die nächste Reorganisation steht vor der Tür. Kampagnen wie «Postactivity» – die Briefträgerin erinnert sich momentan nicht, was damit gemeint ist. Hinweise zu aktuellen Arbeitssicherheitsthemen wie, dass die Füsse aufs Trittbrett gehören. Eine Einladung, via QR-Code ein Gratis-Postkartenset zu bestellen. Und nicht zu vergessen die Parole: Briefzustellregion «BZR Bern, Post für die Hauptstadt». Griffig.

**SURREAL.** Ist die Anschaffung des neuen Monitors überhaupt der Schreibe wert? Nicht unbedingt. Es ist ein Schritt im allgemeinen Digitalisierungsprozess und bei manch andern Firmen wohl längstens Realität. Weshalb erzählt die Briefträgerin denn davon? Vielleicht, um ein Stimmungsbild zu liefern aus der Halle, in der die vielen Sortiergestelle stehen und am frühen Morgen und ab dem Mittag emsige Hände am Werk sind. Während auf dem Bildschirm sich wiederholend die News vorübergleiten. Und in der Zeit, wo die Hände draussen beschäftigt sind, ausser die paar vom Innendienst? Ein fast surreales Bild: Botschaften ins Leere, sozusagen.

# Mit faulen Tricks, dreisten Behauptungen und Behördenhilfe: So attackiert die Migros den arbeitsfreien Sonntag

Von Zürich her will die Migros das Verbot von Sonntagsarbeit aushöhlen. Freundliche Unterstützung gibt's dafür aus den höchsten Amtsstuben.

JONAS KOMPOSCH

Früher war Peter Aeschlimann Redaktor beim «Migros-Magazin». Dann wechselte er zum «Sonntagsblick». Doch mehr denn je tönt der Ringier-Mann wie ein zorniger Migros-Manager: «Schafft endlich die Ladenöffnungszeiten ab!» forderte er jüngst. Und sogar dem freien Sonntag will Aeschlimann an den Kragen. Das Arbeitsverbot am letzten Wochentag sei «ein alter Zopf», den man abschneiden müsse. Schliesslich sei der Sonntag weder heilig noch gehöre er der Familie. Und die Gewerkschaften erst! «Täubeln» solle man sie lassen und jetzt einfach alle Shopping-Schranken aufheben. Was war geschehen?

Aeschlimanns Furor beginnt schon 2019 – an der Ecke Zoll-/Konradstrasse, direkt neben dem Zürcher Hauptbahnhof, wo jahrelang ein tamilisches Quartierlädeli war. Dann musste es dem Expansionshunger der Migros weichen. Der orange Riese er-

## «Die Migros sucht krampfhaft nach neuen Schlupflöchern.»

NICOLE NIEDERMÜLLER, UNIA ZÜRICH-SCHAFFHAUSEN

öffnete eine Filiale seiner neuen Linie «Daily». Sie war täglich geöffnet, von 6.30 bis abends um 8 Uhr – auch am Sonntag. Dabei besagt das Schweizer Arbeitsgesetz klar: Verkaufspersonal darf an Sonntagen nur «in» Bahnhöfen beschäftigt werden. Die «Daily»-Filiale befindet sich aber eindeutig ausserhalb des Bahnhofsperrimeters.

Trotzdem erteilte das Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) eine Bewilligung. Amtschef war damals der notorische Neoliberale Bruno Sauter (FDP). Unter seinem Schutzpatron, dem SVP-Regierungsrat Ernst Stocker, genoss Sauter weitgehende Freiheiten. Es brauchte deshalb eine Intervention der Unia Zürich-Schaffhausen beim AWA: Zähneknirschend setzte das Amt das Sonntagsarbeitsverbot durch.

## MIGROS-SCHLAUMEIEREI

Die Migros aber griff in die Trickkiste. Der Konzern rüstete den Laden mit Self-Check-out-Kassen auf. Und plötz-



MEHR ALS NUR EINE FILIALE: Mit dem «Daily»-Laden an der Zürcher Zollstrasse versucht die Migros stur, das geltende Arbeitsrecht auszuhebeln. FOTO: JOEL HUNN | NZZ

lich war «Daily» auch sonntags wieder geöffnet – als bargeldloser «unmanned store», also als Laden «ohne Personal». Eine Schlaumeierei: Denn in Tat und Wahrheit waren durchaus Arbeitende am Werk. Ein Security-Mann musste den Laden öffnen, die Kühlschränke einschalten, den Abfallkübel vor die Tür stellen, an der Kasse liegen gebliebene Produkte wegräumen und notfalls auch kleinere Reinigungsarbeiten durchführen. Und um die Regale mit frischen Backwaren aufzufüllen, mussten sonntags Mitarbeitende aus Migros-Filialen des Bahnhofinneren anfragen. Wieder verlangte die Unia die Einhaltung des Arbeitsgesetzes – und eine entsprechende Verfügung des AWA. Doch die Behörde sah in den Migros-Maschen erneut kein Problem.

Überraschend kam das nicht. Denn zwischenzeitlich hatte FDP-Regierungsrätin Carmen Walker Späh das Volkswirtschaftsdepartement übernommen – eine Turbolädelerin der Extraklasse (siehe Artikel unten). Die Unia sah sich gezwungen, gegen den AWA-Entscheid Beschwerde einzulegen. Das half: Am 12. Mai befand auch das Zürcher Verwaltungsgericht, bei den Zuständen an der Zollstrasse handle es sich um eine «Aufweichung des geltenden Sonntagsarbeitsverbots». Das nahm die Migros zwar zur Kenntnis, liess die Rekursfrist aber verstreichen, wo-

mit das Urteil Ende Juni rechtskräftig wurde. Die «Daily»-Filiale hätte seither an Sonntagen geschlossen bleiben müssen. Doch das war nicht der Fall. Erneut schritt die Unia ein und verlangte vom AWA – nun geführt von FDP-Mann Mario Senn – die sofortige Anordnung der Sonntagsschliessung. Aber schon wieder passierte nichts. Also machte die Gewerkschaft den Skandal publik. Das war am 21. Juli. Nun reagierte die Migros prompt – und wie! Via «NZZ» verkündete sie tags darauf, den Laden trotz dem Urteil offen zu halten – und zwar neu mit Verkaufspersonal. Das sei legal, weil die Sachlage inzwischen eine ganz andere sei.

## AUCH WINTERTHUR IM VISIER

Tatsächlich verändert hatte sich bloss die Verkehrsführung: Just nach dem Gerichtsurteil wurde die Zollstrasse auf Höhe der «Daily»-Filiale «beruhigt», also für den motorisierten Verkehr gesperrt. In der Logik der Migros ist ihre Filiale damit mit dem Hauptbahnhofsgelände «direkt verbunden». Sonntagsarbeit sei daher erlaubt.

Dazu kann Nicole Niedermüller von der Unia Zürich-Schaffhausen nur den Kopf schütteln: «Die Migros sucht krampfhaft nach neuen Schlupflöchern. Doch die Filiale an der Zollstrasse liegt immer noch nicht im Bahnhofsperimeter, egal, ob in diesem Gebiet nun Autos fahren

oder nicht.» Ganz anders reagierte das AWA: Es hält der Migros auch diesmal die Stange. Niedermüller hat dafür kein Verständnis: «Es ist extrem stossend, dass der Kanton die Profitinteressen eines Grossplayers stets höher gewichtet als die Bedürfnisse der Mitarbeitenden.» Die grosse Mehrheit der Verkäuferinnen und Verkäufer wolle nämlich einen freien Sonntag. Umfragen zeigten das immer wieder. Ohnehin sei die Branche gerade in Zürich schon extrem dereguliert: «Hier haben wir die Sechstage-Woche mit Öffnungszeiten von 7 bis 23 Uhr – und das bei Tieflöhnen!»

Die Unia hat daher vom AWA eine Feststellungsverfügung verlangt. Darin muss das Amt zur Sonntagöffnung verbindlich Stellung nehmen. Was aber, wenn es die Migros zum vierten Mal protegirt? «Dann werden wir erneut dagegen vorgehen», sagt Niedermüller, und zwar «womöglich auch mit Aktionen». Schliesslich gehe es um mehr als eine Filiale.

In der Tat verfolgt die Migros dieselbe Strategie auch andernorts – etwa neben dem Bahnhof Winterthur mit einer Filiale der Linie «Goods». Und auf der Südseite des Zürcher Hauptbahnhofs warten bereits die Läden der Europaallee. Auch diese ist verkehrsberuhigt. Gewerkschafterin Niedermüller warnt: «Es droht ein Dominoeffekt!»

# Turbolädelerin: Carmen Walker Späh gönnt Verkäuferinnen sonntags auch keine Ruhe



FEINDIN DER ARBEITENDEN: FDP-Frau Carmen Walker Späh.

FOTO: KEYSTONE

Dass Läden am Sonntag zu sind, ist der Zürcher FDP-Regierungsrätin Carmen Walker Späh (64) ein Graus. Daher forderte sie letzten Januar vom Bundesrat, er möge die Grundlagen schaffen, damit Läden in Innenstädten das ganze Jahr über am Sonntag offen bleiben können. Was den Zürcher Freisinnigen aber letztendlich vorschwebt, zeigten sie bereits 2012: Ihre Initiative «Der

Kunde ist König» verlangte die totale Abschaffung der Laden-

## Schon 2012 sagten in Zürich über 70 Prozent Nein zum Rund-um-die-Uhr-Shopping.

öffnungszeiten. Geschäfte sollten an 365 Tagen 24 Stunden öffnen können. Doch dem erteilte die Bevölkerung des Kantons eine deutliche Abfuhr. Über 70 Prozent wollten nichts wissen vom grenzenlosen Konsum auf

Kosten des Verkaufspersonals. Sogar in der Zürcher City, wo das Rund-um-die-Uhr-Shopping zum Trend hochgeschrieben worden war, sagten 7 von 10 Stimmberechtigten Nein.

**SCHWEIZER SONDERFALL.** Ein ganz anderer Geist herrscht offenkundig in Walker Späh's Wirtschaftsdepartement. Dieses übrigens ist nach wie vor ein Schweizer Sonderfall: Als einzige Kantonsbehörde ist es (zahlendes) Mitglied bei Economiesuisse, der marktradikalen Lobbyorganisation des Grosskapitals. (jok)



ABKÜHLUNG: Mehr als 40 Prozent der Bauleute, die an einer Unia-Umfrage teilnahmen, hatten auf ihrer Baustelle kein Trinkwasser. FOTO: KEYSTONE

**Bau-Umfrage:** Mehrheit ohne Trinkwasser und Zusatzpausen!

# Mit Vollgas in den Hitzekollaps

**Viele Baufirmen pfeifen auf die Gesundheit ihrer Mitarbeitenden – sogar bei Rekordhitze. Das zeigt eine Umfrage aus der Waadt. Und ein Baustop in Genf zeigt, wo das Problem liegt.**

JONAS KOMPOSCH

Heiss, heisser, 2022: Schon wieder bricht ein Sommer Hitzerekord um Hitzerekord. Erdrückend war bereits der Juni. Nun zeigt die Juli-Bilanz: Auch der siebte Monat liess die Temperaturen in ungekannte Höhen schnellen. In Lugano etwa war es im Monatsmittel so warm wie normalerweise in Sardinien. Und in Genf war es im Schnitt sogar heisser als üblicherweise in Barcelona.

**Bei praller Sonne mussten die Arbeiter 170 Grad heissen Asphalt verteilen.**

Das neue Klima bringt besonders die Baubüezerrinnen und Baubüezzer ans Limit. Aber nicht nur, weil Hausdächer, Fassaden und Strassen extrem sonnenexponiert sind. Sondern auch, weil der Schweizerische Baumeisterverband (SBV) sich bislang gegen einheitliche, klare und verbindliche Schlechtwetter- und Hitzeregeln sträubt. Mit Folgen!

Marius Käch, Maurer in Zürich, sagt: «Bei extremer Hitze macht dein Körper deutlich früher schlapp, und die Konzentration lässt nach. Stresslevel und Risiko steigen dafür.» Und klimatisch werde es ja leider «nur noch verreckter». Daher ist für Käch klar: «So kann es nicht weitergehen! Wir brauchen endlich mehr Schutz und klare Regeln.»

**EINFACHSTE PFLICHT MISSACHTET**

Wie prekär es auf Schweizer Baustellen zu- und hergeht, zeigt eine Untersuchung aus der Waadt. Dort hat die Unia Ende Juli etliche Bauplätze im Kanton abgeklappert und über 600 Bauleute befragt. Im Zentrum stand die Frage: «Welche Massnahmen hat dein Arbeitgeber getroffen, um deine Gesundheit und Sicherheit während der Hitzeperiode sicherzustellen?»

Das Resultat lässt Unia-Bausekretär Sébastien Genton noch heute nicht los: «Es ist schockierend! Die meisten Bauleute werden schlicht im Stich gelassen und faktisch gezwungen, die Mordshitze einfach auszuhalten.» Oft komme der Arbeitgeber nicht einmal den einfachsten Pflichten nach. Konkret ergab die Umfrage:

- **Mehr als 40 Prozent der Befragten hatten auf ihrer Baustelle kein Trinkwasser** oder ausreichende Wasserversorgung.

- **Weniger als 20 Prozent der Befragten durften häufiger und regelmässig Pausen einlegen.** Dabei sind die Hitzeempfehlungen des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) unmissverständlich: Firmen sollen pro Arbeitsstunde eine bezahlte «Zusatzpause» von 10 Minuten gewähren – und zwar an einem «kühlen und schattigen Ort».

- **Nur 20 Prozent der Befragten profitierten von angepassten Arbeitszeiten,** etwa einem vorverschobenen Arbeitsbeginn. Dabei könnte man so schon am frühen Nachmittag Feierabend machen und die Hitzespitzen und Ozon-Höchstwerte ab 14 Uhr umgehen.

- **Nur 8 Prozent der Baustellen wurden während der Hitzewelle geschlossen.**

Besonders der letzte Punkt gibt Unia-Mann Genton zu denken. Denn gerade die Waadtländer Baubranche hat eigentlich eine schweizweit einmalige Lösung.

**HITZEFONDS GENÜGT NICHT**

Bei Hitze kann die Arbeit ab 13 Uhr eingestellt werden. Und ein Fonds zahlt die vollen Löhne der Arbeiter. Dies im Gegensatz zur Schlechtwetterentschädigung der Arbeitslosenkasse, die nur 80 Prozent übernimmt und zudem Karenztage kennt. Erschaffen haben das Waadtländer Modell die Gewerkschaften zusammen mit den Baumeistern im Jahr 2019. Wie sich jetzt zeigt, genügt es noch nicht: 92 Prozent der Baustellen liefen weiter – trotz brachialer Hitzewelle. Das liegt zum einen daran, dass vom Hitzefonds nur Mitgliederfirmen des Baumeisterverbands profitieren. Doch das noch grössere Problem sieht Genton in zu knapp berechneten Terminen: «Besonders Generalunternehmer und Bauherren setzen extrem knappe Fristen – und damit die Gesundheit der Arbeitenden aufs Spiel.» Der Gewerkschafter kritisiert aber auch Firmen, die dieses Spiel mitmachen. Schliesslich würden sie

**Klimawandel: Hitzetote in Europa**

Ein gleiches Hitzelimit für die Arbeit in der EU: das fordert der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) nach tragischen Hitzschlägen in Madrid. Ende Juli waren dort innert weniger Tage ein Strassenreiniger, ein Lagerist und ein Flugblattverteiler bei der Arbeit gestorben. Landesweit forderten die Extremtemperaturen allein im Juli 2200 Menschenleben. Hitzeschutzgesetz und Maximalarbeitstemperaturen gibt es laut EGB in erst 6 EU-Ländern. (jok)

damit den Druck von oben einfach auf die Bauleute abwälzen. Daher brauche es Interventionen der Gewerkschaft – wie Ende Juli in Genf.

**ASPHALTIEREN IM KLIMADESASTER**

Auch dort machte ein Unia-Bauteam Kontrollrundgänge. Über sechzig Baustellen besuchte es innert weniger Tage. Das Resultat: dreissig Anzeigen zuhnden des Arbeitsinspektors! Dies wegen fehlender Pausen, fehlenden Trinkwassers und fehlender Pausenräume im Kühlen. Besonders drastisch war die Situation auf der Strassenbaustelle an der Avenue Pictet-de-Rochemont, einer Hauptverkehrsachse der Stadt Genf.

Am 2. August war es dort noch heisser als im Rest der Stadt, für die der Bund bereits zum dritten Mal in Folge die zweithöchste Hitzewarnung erlassen hatte. Trotzdem wurde mitten am Tag gearbeitet. Helena Verissimo de Freitas, Vize-Regioleiterin der Unia Genf, sagt: «Sämtliche Arbeiter mussten in der prallen Sonne Asphalt verteilen, der 170 Grad heiss aus dem Koch-Laster kam!» Sofort reklamierte die Gewerkschafterin beim Kanton. Dieser war schliesslich Auftraggeber. Kein vorbildlicher, wie Verissimo de Freitas kritisiert: «Der Kanton wollte seine Baustellen unbedingt noch vor dem Ende der Schulferien fertigstellen und setzte die Baufirmen unter Druck, die ihrerseits die nötigen Schutzmassnahmen aussetzten.» Diese «skandalöse» Weitergabe des Termindrucks müsse «sofort aufhören», forderte die Unia-Frau öffentlich. Das nützte sofort: die paritätische Kommission befahl: zwei Halbtage «hitzefrei» für die Strassenbauer der Avenue Pictet-de-Rochemont. Na also!

Strafanzeige gegen den ungarischen Präsidenten

## «Gipser» Orbán in Zürich

**Ungarns Regierungschef Viktor Orbán drohte Ungemach aus der Zürcher Staatsanwaltschaft – wegen eines Streichs.**

JONAS KOMPOSCH

Die Mehrheit der ungarischen Medien übte sich in Schweigen. Umso lustvoller berichtete der winzige Rest der noch nicht gleichgeschalteten Presse: «Wegen Verdachts auf Geldwäsche: Strafanzeige gegen Viktor Orbán in der Schweiz!» So titelte etwa die sozialdemokratische «Népszava» (dt.: Volksstimme), die einzige Tageszeitung, die noch nicht unter Kontrolle von Orbáns rechter Fidesz-Partei steht. Tatsächlich hatte ein ungarischer Anwalt den Ministerpräsidenten angezeigt – und zwar bei der Staatsanwaltschaft Zürich. Das enthüllte das «Echo der Zeit» von Radio SRF Mitte Juli. Die Zürcher Strafverfolger haben den Fall aber nicht weiterverfolgt. Zwar bezeichnete die Staatsanwaltschaft die Umstände als «tatsächlich seltsam, wenn nicht gar verdächtig». Doch eine «verbrecherische Vortat» – eine nötige Voraussetzung für Geldwäsche – sei nicht ersichtlich.

Demgegenüber hatte der ungarische Anwalt wie folgt argumentiert: Orbán habe sich 2014 beim Zürcher Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) eine Meldebestätigung als Gipser besorgt. Dies aber nicht, um hier zu arbeiten, sondern bloss, um ein Bankkonto zu eröffnen. Da

Orbán nach 2014 nachweislich und mehrfach in der Schweiz verkehrt habe, sei der Geldwäscheverdacht «eindeutig». Pikant dabei: Das Zürcher AWA hatte den geschätzt 650 Millionen Euro schweren Premierminister und studierten Juristen tatsächlich als «Gipser» registriert.

**VOLLTREFFER**

Das zeigt die amtliche Meldebestätigung. Darin enthalten ist das korrekte Geburtsdatum des 59-jährigen Präsidenten. Weltweit ist kein zweiter Ungar namens Viktor Orbán bekannt – erst recht keiner, der ebenfalls am 31. Mai 1963 zur Welt kam. Auskunft gibt das Dokument zudem zu «Gipser» Orbáns Berufsqualifikation: «gelernt» sei dieser, und seine Tätigkeit beschränke sich auf das «Verputzen von Aussen- und Innenwärmmedämmungen» während zweier Monate.

**Die ausgefallene Aktion entlarvt die Lücken des aktuellen Kontrollsystems.**

Auch sein angeblicher Arbeitgeber ist genannt: die Saxon AG aus Dachsen ZH. 2015 ging sie pleite. Was das AWA offenbar nicht interessierte und was die Staatsanwaltschaft nicht ahnte: die Orbán-Anmeldung war eine politische Aktion!

Dahinter steckt laut SRF ein Schweizer, «der den Gewerkschaften nahesteht». Der Anonymus war allerdings weder fürs Radio noch für work erreichbar. Doch in einem Mail bekennt er: «Das habe ich gemacht, ein Spass, um zu beweisen, dass der Schweizer Staat nicht kontrolliert, wie er muss.» Ein Volltreffer zur rechten Zeit! So stellte der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) fast zeitgleich klar: Die 2002 eingeführte Personenfreizügigkeit mit der EU und die flankierenden Massnahmen zum Lohnschutz hätten sich «grundsätzlich bewährt» für die Arbeitnehmenden. «Stark zugenommen» hätten allerdings die prekären Arbeitsformen der Entsendungen, der Temporärarbeit und der Kürzestaufenthalte – und zwar trotz den Kontrollen. Diese müssten daher dringend verstärkt werden.



FOTOS: KEYSTONE (2) / ADOBE STOCK / MONTAGE: WORK

## EU-Löhne Brüssel gegen echten Schutz

Derzeit überprüft die Europäische Kommission den Lohnschutz in den EU-Mitgliedsländern. Dabei interessiert nicht, ob die Länder Lohndumping bei Entsendearbeit bekämpfen. Vielmehr kontrolliert die Kommission, wie die EU-Durchsetzungsrichtlinie von 2014 umgesetzt wird. 24 Länder haben jetzt Post aus Brüssel bekommen. Bei der grossen Mehrheit will



Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

die EU-Kommission zu scharfe Lohnschutzmassnahmen festgestellt haben: In Deutschland wie auch in Frankreich sei das Meldeverfahren vor der Entsendung zu bürokratisch und aufwendig. In Belgien sei der Preis von 20 Euro für den Baustellen-Badge, der zur Arbeitskontrolle dient, zu hoch. Zudem sei die Solidarhaftung im Bau unzumutbar. In Österreich sei die Höchststrafe, die Sperrung der Firma für einige Jahre, unverhältnismässig hart.

**GEJAMMER.** Die kleinlichen Beanstandungen sind nicht nur auf dem Mist von Brüsseler Bürokraten gewachsen. Sie reflektieren das Gejammer von Entsendefirmen, das wir auch kennen (work berichtete: [rebrand.ly/gewerblangriff](https://rebrand.ly/gewerblangriff)). Die Patrons finden es unzumutbar, ein paar Tage vor der Entsendung schriftliche Angaben zu den Arbeitern machen zu müssen. Oder sie finden die Sanktionen unverhältnismässig, wenn sie beim Lohndumping erwischt werden. Die Post aus Brüssel zeigt, dass die EU-Durchsetzungsrichtlinie weniger den Zweck hat, Instrumente gegen

### Diese EU-Richtlinie soll den Lohnschutz kleinhalten.

Lohndumping zu schaffen, sondern den Lohnschutz kleinzuhalten. Die Richtlinie legt nämlich nicht fest, welche Massnahmen gegen Lohndumping mindestens umgesetzt werden müssen. Sie zählt vielmehr in einer Liste genau auf, welche erlaubt sind. Zwar lässt sie ein kleines Türchen offen für weitere Massnahmen. Wenn Österreich das aber nutzt und die Aussperrung aus dem Markt als Sanktion einführt, dann geht die Türe gleich wieder zu.

**SOLIDARITÄT.** Die Gewerkschaften in der EU waren mit der Durchsetzungsrichtlinie nie glücklich. Die Vertreterinnen des Deutschen und des Österreichischen Gewerkschaftsbundes im Europäischen Gewerkschaftsbund hätten sie 2014 am liebsten gekübelt. Heute bekämpfen sie die negativen Auswirkungen der Richtlinie. Und sie sind solidarisch mit uns Gewerkschaften in der Schweiz, die den Lohnschutz nicht der Durchsetzungsrichtlinie unterstellen und preisgeben wollen.

## UNIA online



### Sans-papiers haben Rechte

Kennen Sie eine Person, die ohne Aufenthaltsbewilligung in der Schweiz lebt? Sie hat Rechte, und es gibt Stellen, wo sie Hilfe findet. Wir haben dazu ein umfassendes Dossier in neun Sprachen zusammengestellt: [www.unia.ch/sans-papiers-de](https://www.unia.ch/sans-papiers-de)

# Kurzer Rückblick auf ein paar lange, heisse Wochen Keine Ferien für Hirslanden, Swiss, Novartis & Co.

**Der Sommer war heiss. Nicht nur, was das Wetter betrifft. Auch gewerkschaftlich lief einiges. Eine Auswahl.**

CLEMENS STUDER

**Linde-Reinigerinnen** Kurz vor Weihnachten letztes Jahr stellte das Bieler Spital Linde – es gehört zur milliardenschweren Hirslanden-Gruppe – sieben Reinigerinnen auf die Strasse. Sie sollten nach zum Teil 14, 25 oder gar 30 Jahren Firmenzugehörigkeit für weniger Lohn die gleiche Arbeit machen – angestellt von einer Drittfirma. Unterstützt von der Unia, wehrten sie sich. Nach zähem Ringen mit den Linde-Verantwortlichen kam es jetzt nach sieben Monaten zu einer Einigung. Die Reinigungsfrauen erhalten Entschädigungen zwischen 6000 und 10000 Franken. Angeboten hatte die Hirslanden-Klinik ursprünglich gerade mal 400 Franken während sechs Monaten. Unia-Regionalsekretär Alain



**LANGER ATEM:** Die Bieler Hirslanden-Reinigerinnen errangen nach sieben Monaten eine Abfindung. FOTO: UNIA

Zahler sagt dazu: «Der Kampf hat sich gelohnt. Damit ist das Spital seiner sozialen Verantwortung zumindest teilweise nachgekommen.»

**Coiffeur-Gewerbe** Der Job der Coiffeusen und Coiffeure ist hart: Sie arbeiten den ganzen Tag stehend und hantieren mit gesundheitsschädigenden Substanzen. Dafür benötigen sie fundierte Kenntnisse – trotzdem sind die Löhne so tief, dass sie



**DRINGEND NÖTIG:** In der Coiffeurbranche steigen die Löhne um 50 Franken pro Monat. FOTO: KEYSTONE

sich selbst kaum einen Haarschnitt leisten können. Jetzt haben die Unia



**ES BRODELT:** Mit eindrücklichen Protestaktionen und Streikandrohungen halten die Swiss-Mitarbeitenden den Flughafen Zürich in Atem. FOTO: KEYSTONE

und der Arbeitgeberverband Coiffure Suisse sich darauf geeinigt, den alten GAV bis Ende 2023 zu verlängern, und haben die GAV-Mindestlöhne angepasst. Ab dem 1. Januar 2023 steigen diese in allen Berufskategorien um 50 Franken pro Monat, also um 600 Franken im Jahr. Gleichzeitig laufen seit Juli Verhandlungen zu einem neuen GAV, der die Arbeitsbedingungen in der Branche deutlich verbessern soll. Denn immer mehr Coiffeusen und Coiffeure verlassen ihren Beruf. Die Unia-Mitglieder haben unter anderem folgende Forderungen aufgestellt: deutlich höhere Mindestlöhne, bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf (etwa 2x2 zusammenhängende freie Tage pro Monat, mindestens 12 freie Samstage pro Jahr), die 40-Stunden-Woche und deutlich mehr Kontrollen der Arbeitsbedingungen.

**Novartis** Seit 25 Jahren erhöht der Pharmamulti Novartis Jahr für Jahr die Dividenden (siehe auch Seite 3). Um den Profit noch weiter zu steigern, will der Konzern weltweit 8000 Stellen abbauen, davon 1400 in der Schweiz. Angekündigt hat das der Konzern kurz vor den Sommerferien. Wahrscheinlich, um damit das obligatorische Konsultationsverfahren zu erschweren. Die Unia hat dagegen energisch protestiert und bei der Novartis-Leitung interveniert. Nächste Woche treffen sich die Unia-Mitglieder der Novartis digital zu einer Konferenz, an

der das weitere Vorgehen besprochen wird. Weil vom angekündigten Stellenabbau auch europäische Novartis-Standorte betroffen sind, schloss sich die Unia mit ihren



**MARSCHHALT:** Die Unia stellt sich gegen den Abbau von 1400 Novartis-Stellen in der Schweiz. FOTO: UNIA

Schwestergewerkschaften kurz. Übrigens: wie wertvoll echte Konsultationsverfahren sind, zeigt gerade ein Beispiel bei Novartis. 2011 wollte der Konzern in Nyon 320 Stellen streichen. Den Mitarbeitenden gelang es, zusammen mit der Unia alle Jobs zu retten.

**Flugverkehr** Die Fluggesellschaften haben in der Pandemiezeit trotz üppigen staatlichen Unterstützungen Personal abgebaut. Das fehlt jetzt, wo der Flugverkehr wieder anzieht, an allen Ecken und Enden. Doch statt die Arbeitsbedingungen zu verbessern, wollen die Chefs sie weiter verschlechtern. Am Boden und in der Luft. Zum Beispiel der Lufthansa-Konzern, zu dem auch die Swiss gehört, seit sie der damalige FDP-Finanzminister Hans-Rudolf Merz an die Deutschen verscherbelt

hat. Doch die Gewerkschaften geben nicht klein bei. In Deutschland erreichte die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi mit einem 26stündigen Warnstreik massive Verbesserungen. Das Bodenpersonal (rund 20000 Beschäftigte) erhält rückwirkend auf den 1. Juli fix 200 Euro mehr Lohn. Am 1. Januar 2023 steigt der Grundlohn um 2,5 Prozent, mindestens aber um 125 Euro. Das gleiche geschieht am 1. Juli 2023.

Von der Einsicht der Konzernmutter sind die Manager der Tochter Swiss noch weit entfernt. Trotz Koffer-Chaos und Abfertigungsproblemen am Boden beharren sie auf den schlechten Bedingungen des Krisen-GAV. Doch die Mitarbeitenden haben genug. Bislang blieb es bei eindrücklichen Protestkundgebungen am Flughafen Zürich. Doch ohne Einlenken der Swiss-Spitze sind auch hier Streiks denkbar. Denn der VPOD hat den bestehenden Krisen-GAV gekündigt und sich so vom darin vereinbarten Streikverbot gelöst. Ein Lichtblick ist dagegen die Einigung des Genfer und Basler Easyjet-Personals mit dem Unternehmen. Unterstützt von der Gewerkschaft, erreichten die Mitarbeitenden einen eindrücklichen Erfolg: Ab sofort steigen die Löhne bei der Billig-Airline schrittweise deutlich. Bei der Swiss dagegen haben unterdessen auch die Pilotinnen und Piloten in einer Abstimmung das vorliegende GAV-Angebot deutlich abgelehnt. Sie verlangen weitere Verbesserungen.

## Amherd lügt, Berset fliegt: Wen interessiert was?

Es gibt da ein Medien-Bonmot aus alten Zeiten, das lautet: «Hund beisst Mann» ist keine Schlagzeile. «Mann beisst Hund» schon. Im Sommer 2022 lautete das Motto der vereinigten Aargauer und Zürcher Zentralredaktionen: «Bundesrätin lügt» ist keine Schlagzeile, «Bundesrat fliegt» dagegen tagelang.

**WAS PASSIERT IST:** Innenminister Alain Berset flog mit einem Kleinflugzeug nach Frankreich. Und wurde von der Luftwaffe zum Landen gezwungen. Offensichtlich hatte er auf Funksprüche nicht

reagiert. Auf dem Boden klärte sich die Sache rasch. Und wurde an die Medien durchgestochen. Was folgte, war eine Kaskade von Berichten, «Experten»-Analysen, schlüpfrigem Geräusch – und Rücktrittsforderungen. Tage später stellte sich dann heraus: die französische Flugsicherung hatte Berset mit einem Buchstabendreher angefunkelt. Also quasi «Müller» statt «Meier» gerufen. Kein Fehler von Berset. Vor allem

aber auch: keine Entschuldigung, nicht einmal ein bisschen Zerknirschtheit der Rücktrittsförderer und Räuberpistolen-Erzähler.

**WAS AUCH PASSIERT IST:** VBS-Chefin Viola Amherd wurde durch eine hartnäckige Recherche von Radio SRF der Lüge überführt. Ohne dass die anständigen SRG-Journalistinnen und -Journalisten das so gesagt hätten. Fakt ist: Amherd hatte bewusst den Eindruck erweckt, das Aussen- und das Finanzdepartement hätten hinter ihrem Rücken mit Frankreich über politi-

sche Gegen-geschäfte beim Kauf von Kampf-flugzeugen gesprochen. Und damit die nachhaltige Ver-ärgerung unseres westlichen Nachbarn verschuldet, weil zum Zeitpunkt der Verhandlungen der Entscheid für den US-Tarnkappenbomber F-35 schon gefallen sei. Dabei hatte Amherd die Verhandlungen selber ange-regt. Das ist nur eine weitere Episode im immer fragwürdigeren Entscheidungsprozess zur Beschaffung neuer Kampfjets. Reaktion der ver-

einigten Aargauer und Zürcher Zentralredaktionen: gelinde gesagt bescheiden.

**WAS KOMMT:** Das Volk wird das letzte Wort haben, ob die Schweiz einen von den USA fernsteuerbaren Jet will oder einen anderen. Bis dahin werden weitere parlamentarische Untersuchungsberichte veröffentlicht. Wer weiss, wenn Berset bis dahin nicht fliegt, haben die Zentralredaktionen eventuell Kapazitäten, sich mit den vielen offenen Fragen um Amherds Milliarden-geschäft zu beschäftigen. CLEMENS STUDER





## Massenentlassung bei Smood-Subunternehmen

Neue Folge in der unendlichen Saga um den Essenslieferanten Smood (eine detaillierte Chronik gibt's hier: [rebrand.ly/smood-chron](https://rebrand.ly/smood-chron)). Wie bereits im Frühling 2021 beim Smood-Subunternehmen Allo Service kommt es zu einer Massenentlassung. Diesmal kam es so: Simple Pay stellte als Subunternehmen Smood Kurierinnen und Kuriere zur Verfügung. Deren Arbeitsbedingungen waren noch prekärer als jene der von Smood direkt angestellten. Die Unia hat in mehreren Briefen die Behörden auf diese Missstände hingewiesen. Darum hat das Arbeitsamt des Kantons Genf Simple Pay schliesslich ultimativ aufgefordert, spätestens bis Ende August das Personalver-

leih-Gesetz einzuhalten. Simple Pay will das offensichtlich nicht und stellt ihren Betrieb ein.

Von der Massenentlassung sind rund 221 aktive Kurierinnen und Kuriere betroffen. Smood hat in den Genfer Medien angekündigt, 150 davon jetzt direkt anzustellen und ge-

### 221 Kurierinnen und Kuriere erhalten die Kündigung.

nerell nicht mehr mit Subunternehmen zusammenarbeiten. Kommen tatsächlich alle Kurierinnen und Kuriere, die wollen, bei Smood unter? Die Unia bleibt wachsam. Unia-Transportchef Roman Künzler sagt: «Es gab

schon Vergeltungsmassnahmen gegen Personen, die sich gegen die prekären Arbeitsbedingungen gewehrt haben.» Und: «Wir organisieren Versammlungen mit den Betroffenen und werden die Sache genau verfolgen.»

**HINTERRÜCKS-VERTRAG.** Unterstellt wären die von Smood übernommenen Kurierinnen und Kuriere dann einem umstrittenen Firmen-GAV. Denn während die «Smooodeurs» unterstützt von der Unia für ihre Rechte kämpften und fünf Wochen streikten, schloss die Gewerkschaft Syndicom mit Smood einen Hinterrücks-GAV. Obwohl Unia und Syndicom eine Vereinbarung hatten, dass sie in Sachen Smood

zusammenarbeiten. Der von Syndicom abgeschlossene Vertrag fällt sogar hinter die Vorschläge der kantonalen Schlichtungsbehörde zurück und auch hinter den Gastro-GAV, dem Food-Kurierinnen und -Kuriere nach Ansicht der Unia und der zuständigen Aufsichtskommission des Gastgewerbes eigentlich unterstellt wären. (work berichtete: [rebrand.ly/syndicom-smood](https://rebrand.ly/syndicom-smood)). Die Zustimmung zum Vertrag holte sich Syndicom übrigens gleich direkt über die Unternehmens-App von Smood von den Fahrerinnen und Fahrern, «das heisst ohne Datenschutz», wie Unia-Geschäftsleitungsmitglied Véronique Polito damals festhielt. CLEMENS STUDER

Spital Einsiedeln wird vom umstrittenen Ameos-Konzern geführt

# Assistenz-Docs weg, schwere Vorwürfe

**Im Spital des idyllischen Klosterdorfs Einsiedeln ist der Teufel los. Die Assistenzärztinnen und -ärzte haben geschlossen gekündigt. Die Pflegenden melden illegale Praktiken. Dahinter steckt mehr als lokales Versagen.**

CLEMENS STUDER

Sieben Assistenzärztinnen und -ärzte arbeiten im Spital Einsiedeln SZ (84 Betten). Noch. Denn alle haben auf einen Schlag gekündigt, wie der Hausarzt und Schwyzer SP-Kantonsrat Antoine Chaix publik machte. Sie haben genug davon, regelmässig mehr als die erlaubten 50 Stunden pro Woche arbeiten zu müssen. Und die obligatorischen Weiterbildungen nicht machen zu können. Grund dafür ist der seit Jahren andauernde Personalabbau auf allen Ebenen.

### PERSONALMANGEL

Die Vorwürfe der Assistenzärztinnen und -ärzte scheinen nur die Spitze des Eisberges zu sein. In «20 Minuten» berichtet die diplomierte Pflegefachfrau Samira C. – wie sie «20 Minuten» anonymisiert – als Sprecherin einer 21-köpfigen Gruppe von Pflegenden über weitere Missstände. Pflegepersonal habe mehrmals Doppelschichten einlegen müssen, weil die Schichten nicht hätten besetzt werden können. «Und beim Verabreichen von Betäubungsmitteln müssten immer zwei Pflegefachpersonen die Dosierung kontrollieren. Sehr oft wurde die zweite Unterschrift gefälscht, also nicht gegenkontrolliert, da zu wenig Personal im Dienst war. Die Leitung hat das so hingenommen.» Und weiter sagt Samira C., die laut «20 Minuten»



**UNMENSCHLICH: Profite interessieren Ameos mehr als Patientinnen und Patienten.** FOTO: PD

unterdessen nicht mehr im Spital Einsiedeln arbeitet: «Weil die Leitung das komplette Hilfspersonal aus Kostengründen entlassen hat, haben die Pflegenden ihre Arbeit nicht mehr richtig machen können.» Konkret habe das bedeutet: «Es muss zu jeder Zeit immer mindestens eine diplomierte Pflegefachperson auf einer Station sein. Wenn eine andere Station Unterstützung benötigte, musste die zuständige Pflegefachperson die Station verlassen. Wegen Personalmangel wurden dann die Stationen oft von Fachleuten Gesundheit (FaGe) oder Auszubildenden betreut – das ist illegal!»

### SYSTEM AMEOS

Doch hinter den Zuständen in Einsiedeln steht mehr als blosses lokales Versagen. Sie sind die Folgen eines Systems. Und dieses System heisst Ameos. Die Ameos-Gruppe ist ein Konzern, dessen Geschäftsmodell darin besteht, öffentliche Spitäler, die den Trägerschaften «zu teuer» geworden sind, zu übernehmen und «fit» zu trimmen. Auf Kosten

der Mitarbeitenden – von der Kantine bis in den Operationssaal.

Nach der Übernahme des Spitals Einsiedeln im Mai 2022 stellte Ameos als eine der ersten Amtshandlungen das spitaleigene Restaurant auf Selbstbedienung um und entliess fünf langjährige Mitarbeitende – vier davon waren über 58 Jahre alt. Und bereits damals musste das Spital auf Verstösse gegen das Arbeitsgesetz hingewiesen werden. Trotzdem wurde weiter Personal abgebaut.

Ameos wurde 2002 gegründet und war lange mehrheitlich im Besitz des US-amerikanischen Investmentfonds Carlyle Group. Einer «Heuschrecke», deren einziges Interesse ist, möglichst viel Profit aus dem angelegten Kapital zu schlagen. Im vergangenen Jahr machte Ameos einen Umsatz von über einer Milliarde Euro. Hauptsächlich ist die Gruppe in Deutschland tätig. Nach eigenen

### Die Leitung hat das komplette Hilfspersonal entlassen.

Angaben betreibt sie an 58 Standorten 10000 Betten und beschäftigt 18000 Menschen. In Deutschland stehen Kliniken und Einrichtungen von Ameos immer wieder in massiver Kritik. Auch von den Gewerkschaften. Ameos-Mitarbeitende haben, unterstützt von der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi, schon zahlreiche Arbeitskämpfe ausgefochten. Etliche auch mit Streiks. So legten 2020 die Beschäftigten der Ameos-Kliniken in Sachsen-Anhalt mehrere Wochen lang die Arbeit nieder. Eine Pflegefachfrau hat dazu ein eindrückliches Tagebuch geschrieben ([rebrand.ly/streiktagebuch](https://rebrand.ly/streiktagebuch)).

Übrigens: Gemietet hat Ameos das Einsiedler Spital von der «Stiftung Krankenhaus Maria zum finsternen Wald». Und: Ameos weist alle Vorwürfe zurück.



**la suisse existe**  
Jean Ziegler

## DIE GESPENSTISCHE STILLE

Nach der Ermordung von Jesus Christus in Jerusalem soll der Apostel Johannes aus dem römisch besetzten Palästina geflohen sein. In einer Höhle auf der griechischen Insel Patmos schrieb er seine «Offenbarung». Laut Johannes wird der Teufel vier Mordgesellen aussenden, um die Welt zu verwüsten: den Hunger, die Seuchen, den Krieg und die Feuersbrunst.

«**TSUNAMI DES HUNGERS**». Fast 2000 Jahre sind vergangen. Die Prophezeiung des Johannes bestätigt sich auf schreckliche Weise. António Guterres, der Generalsekretär der Uno, erklärte am 23. Juni: «Wir stehen an der Schwelle von Tsunami-Katastrophen des Hungers.»

Die kluge, energische Catherine Russell ist die Generaldirektorin des Uno-Kinderhilfswerks

**«Diese Babys sind derart unterernährt, dass sie gar keine Kraft haben, um zu schreien.»**

Unicef. Am 3. Juli berichtete sie in Zürich von ihrer langen Reise im Mittleren Osten und in Afrika. Im «Blick»-Interview

sagte sie: «Stellen Sie sich vor, dass Sie in einer Klinik einen Raum mit Babys betreten. Und es herrscht – Stille. Totale Stille. Die Kinder machen keinen Lärm. Das ist gespenstisch, denn wir alle wissen, dass es in einem Raum mit vielen kleinen Kindern eigentlich nie ruhig ist. Aber diese Babys sind derart unterernährt, dass sie gar keine Kraft haben, um zu schreien. Dieses Erlebnis ist wie ein Albtraum, ich werde es nie vergessen.»

Die effizienteste Waffe der Unicef gegen den Hunger ist ein Riegel aus Erdnussbutter, angereichert mit Pflanzenöl und anderen Elementen. Auch schwerst unterernährte Kinder können mit diesen Riegeln ins Leben zurückgebracht werden. Die Stille in den von Russell besuchten Kinderkliniken hat einen Grund: Es fehlen diese Riegel, das Budget der Unicef ist seit März erschöpft. In ebenso verzweifelter Lage befindet sich das Welternährungsprogramm (WFP) der Uno. Allein die fürchterlichen Hungersnöte in Ostafrika und dem Jemen übersteigen in diesem Jahr das WFP-Budget. Die Uno-Verantwortlichen verlangten deshalb von den reichen Ländern eine sofortige zusätzliche Finanzierung von 22 Milliarden Dollar. Sie erhielten bisher Zusagen von knapp 4 Milliarden.

**UKRAINISCHES GETREIDE.** Der russische Präsident Wladimir Putin führt einen Vernichtungskrieg gegen die Ukraine, den drittgrössten Getreideexporteur der Welt. Gemäss Uno beziehen 45 Staaten in Afrika und dem Mittleren Osten mehr als ein Drittel ihrer benötigten Mengen an Weizen, Roggen und Mais aus der Ukraine. Der Ausfall dieser Importe bedeutet den Hungertod für viele Millionen. Das im letzten Monat vereinbarte Abkommen von Istanbul zwischen Russland, der Ukraine, der Türkei und der Uno soll ukrainische Getreideexporte über geschützte Korridore im Schwarzen Meer wieder ermöglichen. Es wurde jedoch durch die russische Bombardierung der Hafenstadt Odessa bereits sabotiert und betrifft zudem nur einen kleinen Teil der ukrainischen Ernte. Welche Verantwortung haben wir in der schweizerischen Schweiz? Wir müssen unseren Bundesrat zwingen, die Beiträge an die Unicef und das Welternährungsprogramm massiv zu erhöhen.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein 2020 im Verlag Bertelsmann (München) erschienenes Buch **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten** kam diesen Frühling als Taschenbuch mit einem neuen, stark erweiterten Vorwort heraus.



**UBER-EATS-FAHRER MICHELE Z.:** «Ob ich überhaupt einen Auftrag kriege – wann genau, für wen und wie viel ich dafür bekomme –, das alles wird von Uber Eats festgelegt.» FOTO: KLAUS PETRUS

Seit zwei Jahren strampelt Michele Z. (28) für Uber Eats. Jetzt packt er aus:

## «Ein Fluch, wenn du davon leben musst»

**Anfänglich reizte Michele Z.\* die Flexibilität und Freiheit als Kurier für den Lieferdienst Uber Eats. Heute bezeichnet er seinen Job als krasse Form der Abhängigkeit.**

KLAUS PETRUS

Eine App, ein Klick, eine Pizza: Essen auf Bestellung ist seit Jahren angesagt. Und mit Corona haben Food-Lieferdienste noch einmal zugelegt. Die Firma Just Eat, etwa, Nummer 1 in der Schweiz, hat voriges Jahr ihren Umsatz verdoppelt. Tatsächlich sind sie kaum noch aus dem Stadtbild wegzudenken, die Kurierinnen und Kurier mit ihren auffällenden Jacken und Rucksäcken. Und man fragt sich unweigerlich: Ist das der «easy Job» für junge Leute, die gern in der Gegend rumkurven, oder ist es Ausbeutung?

Kurier Michele Z. sagt klar: «Das Fahren ist ein Fluch, wenn du davon leben musst.» Der 28-Jährige aus Zürich arbeitet seit zwei Jahren für Uber Eats, ein Tochterunternehmen des multinationalen Konzerns Uber.

### KRASSE ABHÄNGIGKEIT

Uber Eats tritt in Zürich seinen Mitarbeitenden gegenüber noch immer nur als «Partner» auf, nicht aber als Arbeitgeber (siehe Artikel rechts). Die Arbeit der Kurierinnen und Kurier wird nicht im Stundenlohn vergütet, sondern pro Lieferung. So bekommen Uber-Eats-Kuriere 4 Franken pro Auftrag, 1,50 Franken pro Kilometer und nochmals so viel pro Ablieferung. Das Unternehmen gibt an, man könne während der Essenszeiten im Schnitt auf einen Stundenlohn von 21 Franken kommen.

Michele Z. ist ein «Gig worker», einer, der auf Abruf kurze Arbeitseinsätze macht. Die ganze Branche wird als Gig Economy oder Plattformwirtschaft bezeichnet und ist weltweit massiv am Wachsen. Eine Befragung von der Agentur McKinsey hat ergeben, dass etwa ein Drittel der US-amerikanischen Arbeiterschaft selbstständig ist und davon inzwischen mehr als die Hälfte von Minijobs lebt – vor

zehn Jahren war es knapp ein Fünftel. Dazu zählen typischerweise Kurierdienste, aber auch Reinigungs- und Betreuungsarbeiten, Einsätze in Kantinen und Restaurants sowie Arbeiten vom Computer aus wie Übersetzungen oder IT-Dienstleistungen.

Weil es sich um Kurzeinsätze handelt, gehen die meisten «Gig workers» mehreren Jobs nach. So auch Michele Z. Er arbeitet zusätzlich 25 Prozent bei einer Firma, wo er für IT verantwortlich ist, sowie in einer Bar. Diese musste allerdings schon im ersten Corona-Lockdown schliessen. Und so schwang sich Michele Z. öfter aufs Velo und lieferte für Uber Eats Essen aus. «Da merkte ich: Ich kann strampeln, wie ich will, auf einen grünen Zweig komme ich nicht.»

Seit Jahren kritisieren die Gewerkschaften, dass Arbeit auf Abruf gesetzlich unzureichend reguliert sei. Das führt unter anderem dazu, dass Firmen ihre Mitarbeitenden allein für die Dauer der Arbeit bezahlen. Auch Michele Z. musste zwischen den Aufträgen oft warten, Geld bekam er dafür aber keines. Er bezeichnet sein Arbeitsverhältnis als «Scheinselbstständigkeit». Anfänglich habe er die Flexibilität, die Unabhängigkeit und das Unkomplizierte an dieser Arbeit geschätzt: «In Wahrheit ist das aber eine krasse Form der Abhängigkeit: Ob ich überhaupt einen Auftrag kriege – wann genau, für wen und wieviel ich dafür bekomme –, das alles wird von Uber Eats festgelegt.»

**«Unter dem Strich bleiben mir vielleicht 12 Franken die Stunde.»**

UBER EATS-FAHRER MICHELE Z.

zudem vielen, die diese Arbeit in Anspruch nehmen, gar nicht bewusst ist.» Keller macht noch auf einen anderen Aspekt der Abhängigkeit aufmerksam. «Gerade wenn man in die Gig Economy einsteigt, muss man sich erst eine Reputation aufbauen, da man auf diesen Plattformen ständig bewertet wird: Habe ich schnell genug geliefert, gut genug geputzt, war ich freundlich genug? Das kann bei den Arbeitenden zu grossem Stress führen.»

### STÄNDIGE BEWERTUNG

Marisol Keller, die an der Universität Zürich über Gig Economy forscht, sieht in diesem Machtverhältnis eines der zentralen Merkmale von Minijobs. «Die Abhängigkeit gerade von Plattformen ist umso problematischer, als diese oft gar nicht Arbeitgeber sind, sondern nur als Vermittler auftreten – was zudem vielen, die diese Arbeit in Anspruch nehmen, gar nicht bewusst ist.» Keller macht noch auf einen anderen Aspekt der Abhängigkeit aufmerksam. «Gerade wenn man in die Gig Economy einsteigt, muss man sich erst eine Reputation aufbauen, da man auf diesen Plattformen ständig bewertet wird: Habe ich schnell genug geliefert, gut genug geputzt, war ich freundlich genug? Das kann bei den Arbeitenden zu grossem Stress führen.»

Michele Z. will sich das nicht weiter antun, er sucht nach einem anderen Job. «So cool diese Arbeit ohne Chef und feste Zeiten aussieht mag: es ist alles andere als ein Zucker-schlecken.»



**DAS SYSTEM UBER:** Uber-Gründer Travis Kalanick (oben links) war gernsehener Gast am WEF in Davos und konnte zur Durchsetzung seines Dumping-Modells auf mächtige Freunde zählen. Etwa auf Frankreichs Präsidenten Emmanuel Macron (oben rechts), damals noch Wirtschaftsminister. Während weltweit Taxifahrer und Uber-Fahrerinnen gegen den Ausbeuterdienst demonstrierten. Mit brennenden Reifen (in Frankreich, unten links) und Protestaktionen (in Zürich, Mitte).

## Uber vs. Gewerkschaften: Der grosse Showdown in Genf

# Jetzt muss Uber endlich zahlen

**Seit Ende Juni verhandeln in Genf Vertreter des US-Konzerns Uber mit den Gewerkschaften. Nicht ganz freiwillig. Und mit einem ersten Sieg für die Fahrerinnen und Fahrer.**

CHRISTIAN EGG

Es ist acht Uhr abends, eine Dreierdelegation der Unia betritt das Verwaltungsgebäude an der Place de la Tacconnerie in Genf. Es sind der Uber-Fahrer Philippe Frezier, die Anwältin Orlane Varesano und Helena Verissimo de Freitas, Vize-Chefin der Unia Genf. Sie treffen an diesem

denkwürdigen 28. Juni auf einen Vertreter und eine Vertreterin des US-Konzerns Uber, gegen den die Unia seit 2015 Dutzende Proteste und Prozesse geführt hat. Und der billiger ist als normale Taxis, weil er die Fahrerinnen und Fahrer schlecht und die Sozialabgaben gar nicht bezahlt.

### FAST EINE MILLION PRÄMIE

Die Runde trifft sich bereits zum zweiten Mal. Dabei ist auch eine Delegation der Gewerkschaft Sit und die Gastgeberin: Fabienne Fischer, grüne Regierungsrätin und Chefin des Wirtschaftsdepartements. Eine Woche zuvor

starteten die Verhandlungen. Jetzt wollen die Gewerkschaften konkrete Zusagen. Sonst, das haben sie klargemacht, sehen sie für die Gespräche keine Zukunft.

Was folgt, ist ein hartes, langes Ringen. Fünfeinhalb Stunden. Und dann: eine Einigung, morgens um halb zwei. Mit drei handfesten Resultaten: Uber verpflichtet sich erstens, einen Garantiefonds von fünf Millionen Franken einzurichten, hinterlegt bei einem Genfer Notar. Als Sicherheit für ausstehende Löhne und Spesen von Fahrerinnen und Fahrern. Bis Ende August soll das Geld überwiesen sein.

Damit erfüllt der US-Konzern eine Hauptforderung der Gewerkschaften. Der Fonds verhindert, dass die Fahrerinnen und Fahrer mit

leeren Händen dastehen, sollte sich Uber plötzlich aus dem Staub machen. Zweitens zahlt Uber, ebenfalls bis Ende August, allen rund 800 Genfer Fahrerinnen und Fahrern eine Prämie, abhängig von ihrem Arbeitseinsatz in den letzten sechs Monaten. Total 930'000 Franken. Für den Genfer Uber-Fahrer Maged Haridy ist das eine gute Nachricht. Er hat seit Ende Mai turbulente Zeiten erlebt.

### MUNTER WEITER GETRICKST

Damals gab das Bundesgericht dem Kanton Genf recht und entschied: Uber ist ein Arbeitgeber. Ein bahnbrechendes Urteil, denn damit haben die Fahrerinnen und Fahrer Anrecht auf einen regulären Lohn und Sozialleistungen.



**PROTEST IN GENF:** Uber-Fahrer fordern vom US-Konzern die Nachzahlung ihrer Löhne. FOTO: UNIA

Am nächsten Tag liess der Kanton Genf die Uber-App sperren. Doch knapp eine Woche später gab er wieder grünes Licht. In einer umstrittenen Vereinbarung und ohne Einbezug der Gewerkschaften hatte sich Uber verpflichtet, Löhne und Sozialleistungen zu bezahlen. Kaum war die Sperre weg, griff Uber tief in die Trickkiste und präsentierte ein «Partnerunternehmen» namens MITC. Dieses werde die Fahrerinnen und Fahrer anstellen (work berichte: [rebrand.ly/rotekarte](https://www.rebrand.ly/rotekarte)).

Uber-Fahrer Haridy hat bei MITC unterschrieben, um weiter seinen Lebensunterhalt bestreiten zu können. Auf der Lohnabrechnung stehen jetzt die Stunden, die MITC bezahlt. Aber beim Fahren sieht er auf der Uber-App nur den Umsatz, der er erwirtschaftet. Früher sei es klar gewesen: «Uber hat vom Umsatz 27 Prozent abgezogen, der Rest war mein Einkommen. Jetzt ist völlig undurchsichtig, wie mein Lohn zustande kommt.» Sein Verdienst sei heute jedenfalls nicht besser als vorher. Das Problem: Derzeit zahlt MITC nur dann einen Lohn, wenn Haridy jemanden chauffiert. Wenn er wartet oder von einem Auftrag zurückfährt, bekommt er nichts. Doch das widerspricht den Regeln des Personalverleihs. Der Kanton Genf ordnete deshalb im Juni eine Schlichtung an, die allerdings keine Lösung brachte.

Deshalb ist die Einigung vom frühen Morgen des 29. Juni so wichtig. Denn als dritten Punkt enthält sie: Uber, die Gewerkschaften und der Kanton verhandeln weiter. Und mit einem klaren Fahrplan. Bis Ende August wird festgelegt, wie die Lohnnachzahlungen an die Fahrerinnen und Fahrer berechnet werden. Und bis Ende September die definiti-

ven Arbeitsbedingungen beim Uber-«Partnerunternehmen» MITC.

### KANTON MACHT DRUCK

Ganz freiwillig haben sich die Uber-Manager nicht mit Unia und Sit an einen Tisch gesetzt. Der Kanton hat das Uber-Verbot nur suspendiert. Und jetzt eine Frist gesetzt: Wenn es bis am 15. Oktober keine Einigung gibt, wird Uber im Kanton verboten.

Helena Verissimo de Freitas von der Unia Genf ist zufrieden, dass sie jetzt endlich mit Uber über die Punkte, die für die Fahrerinnen und Fahrer wichtig sind, verhandeln kann. Denn wegen der vorschnellen Vereinbarung zwischen Uber und dem Kanton sei viel Zeit verloren gegangen: «Die Arbeit, die wir jetzt anpacken, hätten wir im Juni machen sollen».

Und im Rest der Schweiz? Nach dem Bundesgerichtsurteil will eine Mehrheit von ihnen jetzt endlich aktiv werden, wie eine Umfrage der «Luzerner Zeitung» zeigt. Für den Kanton Bern sei demnach

**Uber muss einen Garantiefonds von fünf Millionen Franken einrichten.**

klar, dass Fahrerinnen von Uber und Uber Eats «als Angestellte zu behandeln» seien. Dies werde klar, dass Fahrerinnen von Uber und Uber Eats «als Angestellte zu behandeln» seien. Dies werde «ab sofort» auch kontrolliert. Ähnlich äussern sich Solothurn und Freiburg. Der Kanton Waadt verlangt von Uber, den Fahrerinnen und Fahrern einen Arbeitsvertrag auszustellen, sonst droht der Bewilligungsentzug. Noch nicht handeln wollen dagegen Zürich und Basel-Stadt: Sie warten auf ein weiteres Bundesgerichtsurteil zu den Sozialversicherungen, das noch hängt ist.

«Uber Files» erlauben Einblicke ins Innerste des US-Konzerns

## 90 Millionen Dollar fürs Lobbying

**Diskrete Treffen am WEF in Davos, ein käuflicher Uniprofessor und ein Minister, der persönlich eingreift: Jetzt zeigen interne Dokumente, wie der Dumping-Taxidienst vorgegangen ist.**

Marseille, 2015. Für einen kurzen Moment glauben sich die Taxifahrerinnen und -fahrer am Ziel. Den Sommer hindurch hatten sie gegen die illegalen Praktiken des Dumping-Fahrdienstes Uber protestiert, der ihre Existenz bedroht. Endlich, im Oktober, erlässt der Polizeipräsident eine Verordnung und schränkt damit die unfaire Konkurrenz massiv ein.

Doch jetzt greift der Uber-Cheflobbyist zum Handy. Er schickt ein SMS nach Paris. An einen jungen, aufstrebenden Minister. Sein Name: Emmanuel Macron.

Der schreibt zurück: «Ich werde mir die Sache persönlich anschauen.» Noch am selben Tag wird die Verordnung entschlüsselt.

**AGGRESSIV.** Der SMS-Austausch findet sich in einer Sammlung von gut 124'000 internen Dokumenten, die ein Uber-Insider der britischen Zeitung «Guardian» zuspülte. Sie geben einen Einblick in das aggressive Geschäftsgebaren des US-Konzerns (Jahresumsatz: 17 Milliarden Dollar). Das Konsortium ICJ, bestehend aus mehr als 180 Journalistinnen und Journalisten internationaler Medien, hat die Dokumente aus den Jahren 2013 bis 2017 ausgewertet.

In dieser Zeit stiess Uber auf Widerstand, vor allem in Europa. Weil sich der Konzern grundsätzlich nicht um geltende Gesetze schert. Jetzt zeigen die geleakten Unterlagen: Um damit durchzukommen, budgetierte der Konzern alleine im Jahr 2016 satte 90 Millionen Dollar für Lobby- und PR-Tätigkeiten. Politiker und Regierungsvertreterinnen wurden grosszügig beschenkt, mit Rabatten auf Uber-Fahrten, Mittagessen auf «höchster Ebene», Wahlkampfspenden und so weiter.

**GEKAUFT.** Auch ein deutscher Professor liess sich einspannen. Justus Haucap, Wirtschaftswissenschaftler der Universität Düsseldorf, veröffentlichte 2014 in der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung» einen Gastbeitrag zum Taximarkt. Darin spricht er sich für Deregulierung aus und lobt die Sharing Economy, die

«auch die Umwelt schont». Die Uber-Files zeigen: Den Artikel hatte Uber bestellt. 4000 Euro überwies der Taxidienst dem Professor dafür. Die Zeitung wusste offenbar nichts davon.

Eine perfekte Gelegenheit, um die Reichen und Mächtigen zu beeinflussen, war das WEF in Davos. Das Uber-Leak erlaubt deshalb auch einen seltenen Blick hinter die Kulissen der umstrittenen Veranstaltung. Es enthält ein 98 Seiten starkes Briefing aus dem Jahr 2016. Wie das Recherche-Kollektiv auf seiner Website schreibt, traf Uber-Chef Travis Kalanick demnach in Davos vier Premierminister und zwei Vizepräsidenten

der EU-Kommission, den Finanzier Nat Rothschild, den Putin-Vertrauten Oleg Deripaska, die Gründerin der Onlinezeitung «Huffington Post» und den Chef der mittlerweile sanktionierten russischen Sperrbank. Und die Lobbymaschine funktionierte perfekt: Joe Biden, damals US-Vizepräsident, war nach einem vertraulichen Treffen mit Kalanick derart beeindruckt, dass er kurzfristig seine WEF-Rede ampasste, um Uber zu loben. Und der israelische Premier Benjamin Netanjahu sicherte dem Uber-Chef volle Unterstützung zu, wie aus Gesprächsnotizen hervorgeht: «Wir werden den Widerstand brechen. Lassen Sie uns parallel arbeiten.»

**GEWALTSAM.** Wie Uber gegen Widerstand vorging, zeigen interne Anweisungen von Kalanick. Als in Paris 2016 die Taxis streikten, befahl der CEO dem französischen Management, eine Gegendemo mit Uber-Fahrerinnen und -Fahrern zu organisieren. Die Stimmung war aufgeheizt, Tausende Taxifahrer beteiligten sich an den Protesten gegen Uber, blockierten Bahnhöfe und Flughäfen, Uber-Fahrzeuge brannten. Als die Chefs von Uber Frankreich vor der Gefahr warnten, schrieb Kalanick zurück: «Ich denke, das ist es wert. Gewalt garantiert Erfolg.» Das Vorgehen hatte System. Gegenüber dem «Guardian» bezeichnete es ein ehemaliger Uber-Kadernmann als Teil einer Strategie, die Fahrerinnen und Fahrer «als Waffe einzusetzen» und Gewalt gegen sie zu instrumentalisieren, «um die Kontrolle am Brennen zu halten». Interne E-Mails liessen vermuten, so der «Guardian» weiter, «dass dieses Drehbuch in Italien, Belgien, Spanien, den Niederlanden und der Schweiz wiederholt wurde». Tatsächlich protestierten in den Jahren 2015 und 2016 auch in der Schweiz Hunderte Taxifahrerinnen und -fahrer gegen Uber, allerdings in weit weniger aufgeheizter Stimmung als in Frankreich.

«Gewalt garantiert Erfolg.»

TRAVIS KALANICK, UBER-GRÜNDER

CHRISTIAN EGG

\*Name geändert

Neue Juso-Initiative fordert: Superreiche sollen für die Klimakrise bezahlen

# «Wir sitzen nicht alle im selben Boot»

**Im ausgetrockneten Flussbett der Emme lanciert die Juso ihre Initiative für mehr Klimagerechtigkeit. Denn der Hitzesommer zeigte erneut, wie dringend eine Klimapolitik ist, die funktioniert.**

DARIJA KNEŽEVIĆ

Die Emme im Berner Emmental spielte in diesem Sommer verrückt. Bereits im Juni war der tiefe Wasserstand des Flusses kritisch. Im selben Monat kam eine Flutwelle und richtete Wasserschäden an. Ein Gasthof in Schangnau BE musste deswegen den Betrieb für knapp zwei Monate einstellen. Nur wenige Wochen später war der Fluss an mehreren Stellen wieder komplett ausgetrocknet. Die Wasserbestände sind aktuell in vielen Schweizer Flüssen und Seen besorgniserregend.

**Die zehn reichsten Familien in der Schweiz verursachen pro Jahr 39 825 000 Tonnen CO<sub>2</sub>-Emissionen.**

Die Seespiegel des Boden-, Walen-, Luganer- sowie Vierwaldstättersees befinden sich auf einem historischen Tiefpunkt. Auch gefährdet der knappe Wasserstand des Rheins den internationalen Frachtverkehr.

Symbolisch für die besorgniserregende Wasserknappheit lanciert die Jungpartei ihre Initiative im ausgetrockneten Flussbett der Emme. An der Neumattbrücke hängen ermahnend die Worte: «Unsere Zukunft statt ihre Profite!» Denn Fortschritte in der Klimapolitik sind bitter nötig. Für die Juso ist klar: Es braucht Geld für den Klimaschutz. Und be-

zahlen sollen die Reichen und Superreichen. Denn diese haben einen unverhältnismässig grossen ökologischen Fussabdruck. Dieser berechnet, wie viele Ressourcen verbraucht werden. Die zehn reichsten Schweizer Familien sind jährlich für 39 825 000 Tonnen CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich. Dies entspricht 92 Prozent des ökologischen Fussabdruckes der gesamten Schweiz. Deshalb ruft die Juso die «Initiative für die Zukunft» ins Leben.

**50 PROZENT AB 50 MILLIONEN**

Konkret fordert die Jungpartei eine Besteuerung von 50 Prozent auf Nachlass- und Schenkungssteuern. Betroffen davon sind aber nur die Superreichen, denn die Steuer soll erst ab einem Freibetrag von 50 Millionen Franken zum Zug kommen. Nicola Siegrist (25) wurde im Juni zum neuen Präsidenten der Juso Schweiz gewählt. Er sagt: «Wir holen das Geld bei jenen, die am meisten vom zerstörerischen Wirtschaftssystem profitieren haben.»

Die Juso schätzt, dass die Initiative etwa 2000 steuerpflichtige Bürgerinnen und Bürger in der Schweiz betreffen würde. Zwischen 6 und 7 Milliarden Franken Einnahmen soll die neue Besteuerung einbringen. Mit dieser Steuer wäre die Schweiz kein Spezialfall. In Belgien, Deutschland und Frankreich existiert bereits eine Erbschaftssteuer für Superreiche.

Die Initiative sieht vor, die Steuererlöse für eine sozial gerechte Bekämpfung der Klimakrise einzusetzen. Im Fokus steht dabei besonders die Arbeit, das Wohnen der Bürgerinnen und Bürger. Juso-Präsident Siegrist erklärt es an der Medienkonferenz im Emmenbachbett so: «Sozial gerechter Klimaschutz heisst, dass die Menschen nicht zwischen einer erneuerbaren Heizung und einer bezahlbaren Miete wählen müssen.»

Cédric Wermuth (36), Co-Präsident der SP Schweiz, steht hinter dem Anliegen der

Juso. Er sagt zu work: «Wenn es um die Klimakrise geht, sitzen längst nicht alle im gleichen Boot.» Während Superreiche einen immensen ökologischen Fussabdruck hinterliessen, müssten Bürgerinnen und Bürger die

**JETZT UNTERSCHREIBEN!**

Die Juso-Initiative «Für eine Zukunft» gleich unterzeichnen: [zukunft-initiative.ch](http://zukunft-initiative.ch)

Klimakrise ausbaden. «Weder haben alle Menschen die gleiche Verantwortung für den Klimawandel, noch spüren alle die Folgen gleichermaßen», so Wermuth.

Für den Co-Präsidenten bringt die Initiative einen neuen Hoffnungsschimmer für eine funktionierende Klimapolitik: «Die Zukunftsinitiative ist für mich auch eine Antwort auf das gescheiterte CO<sub>2</sub>-Gesetz». Das Gesetz sei laut Wermuth nicht daran gescheitert, dass es zu viel wollte. Das Problem lag an zu vielen Kompromissen, verlangt durch die bürgerlichen Stimmen im Parlament. Deshalb unterstützt die SP die Initiative ihrer Jungpartei.

**MIT PAROLEN UND PLAKATEN**

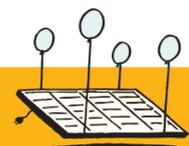
Wenige Tage vor der Lancierung der Initiative reisten Mitglieder der Juso mit Plakaten und Parolen zum Luxushotel Bürgenstock im Kanton Nidwalden. «Jetzt bezahlt ihr», stand ermahnend auf einem meterlangen Transparent über der Panoramaterrasse des dekadenten Resorts. Juso-Chef Siegrist erklärt: «Der Planet brennt, und die Superreichen entspannen sich in Luxushotels. Es ist höchste Zeit für eine andere Klimapolitik.» Gegenüber work verrät Siegrist: Das war nicht die letzte unbequeme Aktion der Partei. Unter anderem wird die Jungpartei am internationalen Klimastreik am 29. September für ihre Initiative laut mitstreiken.



**AUSGETROCKNETE EMME:** Die passende Kulisse für die Lancierung der Juso-Klima-Initiative. Mit dabei: Juso-Präsident Nicola Siegrist (links) und SP-Nationalrat Cédric Wermuth.

FOTO: DAK

## rosazukunft Technik, Umwelt, Politik



# Sandbatterien: Können wir so das Winter-Stromloch stopfen?

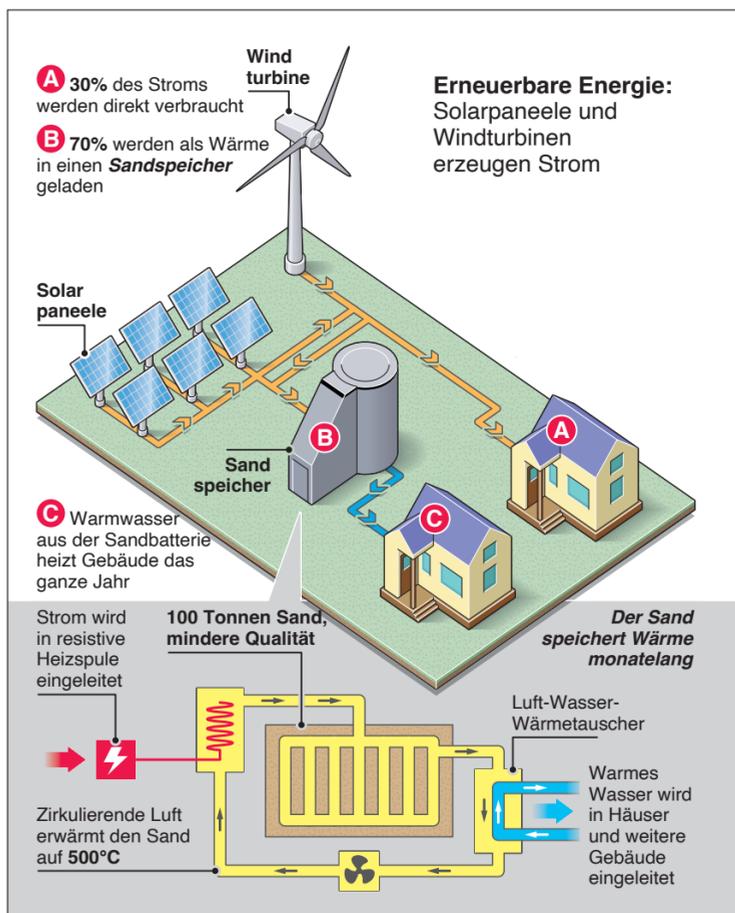
**Ende August gehen in der Schweiz Hunderte von Strompreis-Bomben hoch. Die bombensichere Lösung: Solaranlagen in den Alpen, kombiniert mit finnischen Sandbatterien. Das wäre ein Tigersprung!**

Ende August 2022 werden alle Leserinnen und Leser von work wissen, ob die Strompreise für sie steigen. Und wenn ja, wie stark. Einige werden für den Strom gleich viel bezahlen wie bisher. Bei anderen werden sich die Strompreise verdoppeln. Wieso diese Differenzen?

Gut 600 Stromverteiler versorgen schweizweit die Haushalte und Unternehmen mit Strom. Einige von ihnen verfügen über eigene Produktion, vorab aus Wasser- und Atomkraft. Andere, die wenig bis keinen eigenen Strom produzieren, müssen diesen teuer, zu teuer einkaufen. Und an uns weiterverrechnen.

**PREISDECKEL.** Soweit überblickbar, hat sich bisher niemand ernsthaft mit diesem Problem auseinandergesetzt. Niemand verlangt einen Strompreisdeckel für die Stromproduzenten. Sie werden die grossen Kriegsgewinnler sein, wenn niemand die Handbremse zieht. Vergleichbar mit den Ölkonzernen Exxon Mobil, Shell, BP & Co.

Ein Strompreisdeckel wäre kein Erdbeben, er würde die Stromlandschaft Schweiz nicht einmal zwei Wochen erschüttern. Parastaatliche Elektrizitätswerke, die über keinen oder zu wenig Strom verfügen, werden mit Hochdruck in neue, erneuerbare Energien investieren müssen.



**WUNDERMITTEL SAND:** Finnland tüfelt an einem Sandspeicher, mit dem sich Wind- und Solarstrom vom Sommer in den Winter transferieren lässt. GRAFIK: GRAPHICNEWS.COM

**GRENGIOLS.** Viele wollen es immer noch nicht wahrhaben: Schnelle Abhilfe gegen Stromlücken und steigende Strompreise können und

werden nur solare Freiflächenanlagen schaffen. Vorab grosse Anlagen in den Alpen. Hier hat das allgemeine Scharren der Strom-

barone bereits begonnen: Bis vor wenigen Monaten bekämpften im Wallis das kantonale Elektrizitätswerk und die kommunalen Verteiler gemeinsam den Bau bifazialer Anlagen in den Alpen. Jetzt wollen sie plötzlich den Lead in Grengiols VS übernehmen. An den Sonnenhängen des Saflischts soll dort auf rund fünf Quadratkilometern der grösste bifaziale Solarpark der Schweiz entstehen (work berichtete hier: [rebrand.ly/solar-revolution](http://rebrand.ly/solar-revolution)). Wie Elstern klauen die Stomer die Ideen Dritter. Gut so, denn das Klauen guter Ideen war noch immer die erfolgreichste Strategie.

**WINTERLOCH.** Die Schweiz verfügt über Staumauern. In diesen kann man gut 7 Milliarden Kilowattstunden Strom speichern. Und über leistungsfähige Pumpspeicherwerke wie Nant de Drance im Wallis und Linth-Limmern in den Glarner Alpen. Wir stehen im internationalen Vergleich gut da, aber nicht gut genug. Denn erstens wird der Stromverbrauch im Winter wegen der Elektroautos und Wärmepumpen ansteigen. Dies auch dann, wenn wir viel effizienter werden. Zweitens werden wir hoffentlich eher früher als später die bestehenden Atomkraftwerke abstellen, abstellen müssen. Denn sie sind Atombomben im eigenen Land: Das ukrainische AKW Saporischschja, das wiederholt unter Beschuss stand, lässt grüssen! Und drittens haben wir schon heute beim Strom ein Winterloch, das wir zu wenig ernst nehmen.

**HEISSER SAND.** Mit herkömmlichen Batterien können wir relativ verlust-

frei den Tag-und-Nacht-Ausgleich schaffen. Die Batterien speichern während des Tages den Solarstrom und speisen diesen in der Nacht in das System ein. Immerhin! Aber wir müssten sinnvollerweise den reichlich vorhandenen Sommerstrom in den Winter transferieren können. Was also tun? Das finnische Start-up-Unternehmen «Polar Night Energy» zeigt im noch kleinen Massstab auf, wohin die Reise gehen kann:

**Schritt 1:** Mit Solarstrom wird im Sommer Luft auf vorerst 650 Grad erwärmt.

**Schritt 2:** Diese erhitze Luft erwärmt in einem weitgehend verlustfreien Speicher Sand auf 400 Grad.

**Schritt 3:** Im Winter entzieht das System dem Sand die Wärme und heizt die Häuser.

Bevor man die Häuser heizt, könnte zwischen geschaltet auch Strom produziert werden. Je grösser die Anlagen, desto tiefer die Kosten. Bleiben wir dran!

**LINKS ZUM THEMA**

● [rebrand.ly/saisonspeicher](http://rebrand.ly/saisonspeicher)  
Spannend für die Schweiz: Die Speicher sind beliebig skalierbar. Man könnte neben der Ems-Chemie oder der Lonza megaschwere Brummer installieren.

● [rebrand.ly/bombensicher](http://rebrand.ly/bombensicher)  
Alle können die deutsche Tageszeitung TAZ lesen. 35 000 zahlen freiwillig etwas dafür. Die einst weit links stehende TAZ ist begeistert von dem bombensicheren finnischen System.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch)

# Filmfestival Locarno: Faszinierende Dok über Basler Zierbandproduktion ...und im Wohnzimmer stand der Fabrik-Webstuhl

**Noch bis weit in die 1970er Jahre produzierten im Kanton Baselland Posamentenrinnen und Posamenten Zierbänder in Heimarbeit. Ein wunderschön restaurierter Dokfilm holt sie zurück ins Gedächtnis.**

MATTIA LENTO

Marta Buser-Griener sitzt zusammen mit ihrem Mann Wilhelm an einem Tisch in ihrer kargen Wohnung. Im Hintergrund ein grosser Webstuhl. Sie sagt in die Kamera: «Ich wache um 5.30 Uhr, manchmal um 5 Uhr, auf und setze mich an den Webstuhl. Um 6 Uhr frühstücke ich zusammen mit meinem Mann, und dann kümmern wir uns gemeinsam um die Hühner und die Schweine. Wenn ich fertig bin, gehe ich zurück ins Haus und arbeite bis zum Mittagessen und dann noch einmal bis zum Abendessen am Webstuhl.»

Als der Dokumentarfilm «Die letzten Heimposamenten» im Jahr 1974 erschien, konnte sich kaum je-

**Die Heimarbeiterinnen wissen, dass sie die letzten ihres Berufs sind.**

mand vorstellen, dass die im Film gezeigten Lebenswelten noch existierten. Das Werk des Schweizer Regisseurs Yves Yersin entstand im Auftrag der Schweizerischen Gesellschaft für Volkskunde und porträtiert die letzten Heimarbeiterinnen und Heimarbeiter der Posamentindustrie. Das 75. Filmfestival in Locarno präsentiert jetzt eine wunderschön restaurierte Version.

**BEHUTSAME ANNÄHERUNG**

Heimposamentenrinnen gab es in der Schweiz seit dem 16. Jahrhundert vor allem in der Region Basel. Die Branche hatte ihre Blütezeit im 18. und



**DIE FABRIK ZU HAUSE:** Bei Posamenterin Marta Buser-Griener stehen Bett, Esstisch und Webmaschine (rechts im Bild) im gleichen Zimmer. So lebt und webt sie 1974 als eine der letzten Heimarbeiterinnen in der Schweiz. FOTO: SCREENSHOT WORK

19. Jahrhundert. Die Basler Heimposamentenrinnen und Heimposamenten produzierten Zierbänder für die Textilindustrie, für Hutfabriken und für Verpackungen der Lebensmittelindustrie. Die Fabriken befanden sich hauptsächlich im Kanton Basel-Stadt, während ein grosser Teil der Arbeit in den Häusern im Kanton Baselland ausgeführt wurde. Regisseur Yersin führt die Zuschauerinnen und Zuschauer mit seiner Kamera nahe an Arbeiterinnen wie Marta Buser-Griener heran und zeigt behutsam ihren Tagesablauf und ihre Arbeit. Mit langsamen, akribischen Gesten arbeiten sie hinter den im hellsten Teil des Hauses installierten Maschinen. Es sind stolze Handwerkerinnen und Handwerker. Sie sind sich bewusst, dass sie die letzten eines Berufs sind, der auf seinen endgültigen Niedergang zusteuert.

Der Film entstand zwar in den 1970er Jahren, das Leben der Heimposamentenrinnen erinnert aber an viel

frühere Zeiten. Die Webstühle gehören nicht etwa den Heimarbeiterinnen, sondern der Fabrik. Und sie kümmern sich zusätzlich um die Äcker, die Tiere.

Yersin, der bereits über ein Dutzend verschwundene Berufe dokumentiert hat, widmet den Frauen und Männern an den Webstühlen viel Zeit. Er schafft es, das Vertrauen der Protagonisten zu gewinnen, indem er ihnen die Freiheit lässt, Schweizerdeutsch zu sprechen, und allzu viele frontale Interviews vermeidet. Der Film verschweigt aber auch nicht die schwierige wirtschaftliche und soziale Lage dieser Arbeiterinnen und Arbeiter, die schlecht bezahlt und oft mit dem Verlust ihres Arbeitsplatzes erpresst werden. Und Regisseur Yersin zeigt auch Heimarbeiterinnen und -arbeiter, die sich trotz allem wehren: gegen die Ausbeutung und gegen die Moderne, die sie endgültig durch Automatisierung ersetzen möchte.

## Grosses Kino: Zwei Frauen räumen ab

Das 75. Filmfestival in Locarno fand vom 3. bis zum 13. August statt und zeigte wie jedes Jahr nicht nur hochkarätige Filme, sondern ehrte auch die Menschen hinter und vor der Kamera. Die höchste Auszeichnung verlieh die Jury dieses Jahr an die Brasilianerin Julia Murat (42). Sie erhielt den Goldenen Leopard für ihr Drama «Regra 34». Darin setzt sich die Regisseurin mit Geschlecht, Rassismus, Dekolonisation sowie dem repressiven System Brasiliens auseinander.

**GROSSES KINO.** Gleich drei Auszeichnungen gewann ausserdem das Jugenddrama «Tengo sueños eléctricos» von Valentina Maurel (34). Die Filmemacherin aus Costa Rica erhielt unter anderem den Preis für die beste Regie. (dak)

## workxl der wirtschaft

Daniel Lampart



## ES DROHEN REALE RENTENVERLUSTE VON 1000 FRANKEN PRO JAHR

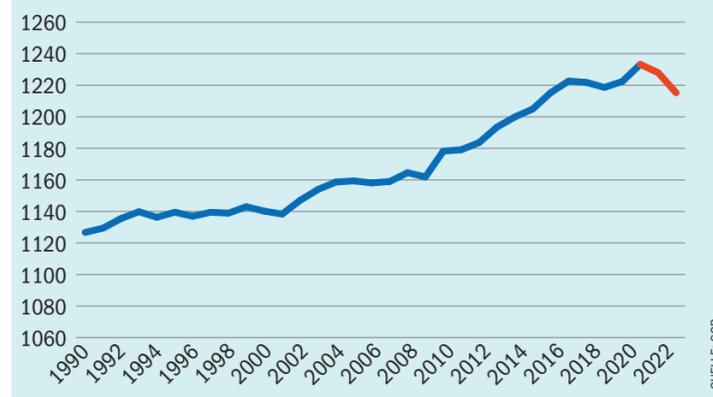
Bei den AHV-Renten ist der Teuerungsausgleich obligatorisch. Das hat die Schweizer Stimmbevölkerung in der Verfassung festgelegt. Bisher hat das gut funktioniert. Bei den AHV-Renten gab es nicht nur den Teuerungsausgleich. Sondern sie wurden auch noch zur Hälfte an die Lohnerhöhungen angepasst. Doch das ist nun gefährdet. Ab 2023 drohen erstmals reale Rentenverluste bei AHV und Pensionskasse in der Grössenordnung von 1000 Franken pro Jahr. Der SGB verlangt von Bundesrat und Parlament Gegenmassnahmen, damit der Teuerungsausgleich gewährleistet ist.

**RENTENVERLUST.** Für den drohenden realen Rentenverlust gibt es zwei Gründe: Erstens hinkt der sogenannte AHV-Mischindex (Durchschnitt von Lohn- und Preisindex), mit dem die Renten erhöht werden, der Teuerung hinterher. Zweitens gibt es auf den Pensionskassenrenten keinen Teuerungsausgleich. Die AHV-Renten wurden letztmals auf den 1. Januar 2021 erhöht. Die nächste Erhöhung ist gemäss Gesetz auf den 1. Januar 2023 fällig. 2021 und

2022 beträgt die Teuerung zusammen rund 3,6 Prozent, davon rund 3,0 Prozent im laufenden Jahr. Die AHV-Renten werden nicht nur an die Teuerung angepasst. Sondern sie steigen auch zur Hälfte mit den Löhnen mit. Darum sprechen wir auch vom Mischindex. Normalerweise ist dieser Mix aus Löhnen und Teuerung für die AHV-Renten positiv, weil die Löhne stärker steigen als die Teuerung. Doch wenn es einen Teuerungsschub gibt wie 2022, wirkt der Mix negativ. Denn die Teuerung wird bei den Löhnen erst mit einem Jahr Verspätung ausgeglichen. Bei den Lohnverhandlungen im Herbst 2021 war die Teuerung noch tiefer. Darum steigen die Löhne dieses Jahr weniger stark als die Teuerung. Das zieht den Mischindex nach unten.

**KAUFKRAFTVERLUST.** Für die Pensionierten geht das ins Geld. Die AHV-Renten liegen im Mittel bei rund 1800 Franken im Monat. Die mittleren Pensionskassenrenten betragen knapp 1700 Franken. Weil es bei der Pensionskasse keinen Teuerungsausgleich gibt, resultiert von 2021 bis

**Reale AHV-Minimalrente gemäss AHV-Mischindex** (in Franken pro Jahr)



2023 ein Kaufkraftverlust von rund 675 Franken pro Jahr. Bei der AHV-Rente ist der reale Rückgang aufgrund des Mischindex nicht so stark, aber immerhin auch noch fast 370 Franken jährlich. Aufaddiert sind das dann mehr als 1000 Franken. Der Verfassungsauftrag verlangt bei der AHV einen Teuerungsausgleich.

Aufgrund der bisherigen Berechnungsweise beim Mischindex ist das nicht gewährleistet. Damit die Kaufkraft der Renten sichergestellt ist, braucht es ab 2023 einen Sonderentscheid von Bundesrat und Parlament.

Daniel Lampart ist Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds (SGB).

## Sanktionen-Chronik UBS & Co. gegen Kuba

Das US-Wirtschaftsembargo bringt Kuba dem Abgrund immer näher. Die Uno verurteilt das seit langem, und auch die Schweiz kritisiert die Sanktionen regelmässig. Ganz anders die hiesigen Banken, die sich in vorauseilendem Gehorsam üben: Für sie gelten die Sanktionen zwar nicht, trotzdem verweigern immer mehr Banken Transaktionen auf die Karibikinsel kategorisch. Sogar inner-schweizerische Überweisungen lehnen gewisse ab. Schon das Wort «Kuba» im Zahlungsvermerk reicht dafür (work berichtete: [rebrand.ly/kuba-boycott](https://rebrand.ly/kuba-boycott)). Ein Skandal, den Medicuba Schweiz und die Vereinigung Schweiz-Kuba seit Jahren anprangern. Jetzt haben die beiden Hilfsorganisationen dazu eine brisante Broschüre publiziert. Sie zeichnet die «Chronik eines amtlich beglaubigten Skandals» nach und belegt diesen mit bisher unveröffentlichten Dokumenten.

**Schweizer Banken gegen Kuba.** Chronik eines amtlich beglaubigten Skandals, von Franco Cavalli, Willi Egloff, René Lechleiter et al., Zürich 2022, 120 Seiten. Bestellbar für 8 Franken (exkl. Porto) unter: [info@medicuba.ch](mailto:info@medicuba.ch).

Public Eye

## Klartext im Videopodcast

Die Schweizer Nichtregierungsorganisation Public Eye ist bekannt für ihre Knüller-Recherchen und Hintergrundberichte. Besonders im Fokus hat das Investigativ-Team die helvetischen Agrarmultis, Pharmariesen und Rohstoffhändler. Aber auch die



Geschäfte von Banken, Modeketten und Onlinehandelsriesen nimmt Public Eye zuverlässig unter die Lupe. Was dabei herauskommt, ist gemeinhin politischer Zündstoff. Und dem serviert Public Eye neuerdings auf dem digitalen Silbertablett – dem professionell gemachten Video- und Audiopodcast. Reinschauen (oder reinhören) dringend empfohlen!

Den Public-Eye-Podcast **Wir müssen reden** gibt es als Video auf Youtube und als Audio auf Spotify & Co.:

[rebrand.ly/publiceye-podcast](https://rebrand.ly/publiceye-podcast)

## Unia-Migrationstagung Demokratie-lücke füllen

In der Schweiz leben 2,24 Millionen Menschen ohne den roten Pass. Das entspricht mehr als einem Viertel der Schweizer Bevölkerung. Doch dieser Viertel darf politisch nicht mitreden. Das will die Unia ändern. Sie fordert die demokratische Teilhabe der Migrantinnen und Migranten. Wie das gelingen kann, diskutiert ein hochkarätiges Podium an der Unia-Migrationstagung. Mit dabei unter anderem: Lisa Mazzone, grüne Ständerätin und italienisch-schweizerische Doppelbürgerin, Paul Rechsteiner, SP-Ständerat und Ex-SGB-Präsident, Arbër Bullakaj, Vizepräsident SP St. Gallen und Sohn eines Saisonierstatut-Bauarbeiters, Francesca Falk, Migrationshistorikerin an der Uni Bern.

**Unia-Migrationstagung,** Samstag, 24. September, 10 bis 16 Uhr, Unia-Zentralsekretariat, Weltpoststrasse 20, Bern. Anmeldung bis am 9. September per Mail an: [politik@unia.ch](mailto:politik@unia.ch).



**Das offene Ohr**

Myriam Muff  
von der Unia-Rechtsabteilung  
beantwortet Fragen  
aus der Arbeitswelt.

## Sonntagsarbeit für Eltern: Was gilt im Gastgewerbe?

Mein Mann und ich arbeiten beide in einem Bahnhofskiosk. Dort haben wir bisher praktisch jeden Monat je einen freien Sonntag erhalten. Nun möchte mein Mann ins Gastgewerbe wechseln. Ein Freund, der bereits dort arbeitet, hat ihm aber gesagt, er bekomme dort nur an vier Sonntagen pro Jahr frei. Da wir zwei schulpflichtige Kinder haben, möchte ich, dass mein Mann weiterhin einmal pro Monat einen freien Sonntag hat. Kann er dies verlangen?

**MYRIAM MUFF:** Ja. Gemäss der Verordnung 2 zum Arbeitsgesetz haben Gastro-Mitarbeitende mit Erziehungspflichten das Recht auf mindestens zwölf freie Sonntage pro Kalenderjahr. Als erziehungspflichtig gelten Eltern mit Kindern bis zu 15 Jahren. Wenn der



**KLARE REGELN:** Gastro-Mitarbeitende mit Kindern bis zu 15 Jahren haben das Recht auf mehr freie Sonntage. FOTO: ISTOCK

Freund Ihres Mannes nur an vier Sonntagen pro Jahr freibekommt, ist anzunehmen, dass er keine Kinder hat oder aber solche, die älter sind als 15. In einem solchen Fall ist es nämlich zulässig, den Angestellten nur vier freie Sonntage pro Jahr zu gewähren. Vorausgesetzt, sie müssen im Durchschnitt nicht mehr als fünf Tage pro Woche arbeiten. Für Sie als Mitarbeitende am Bahnhofskiosk hingegen spielt es keine Rolle, wie alt Ihre Kinder sind. Im Gegensatz zu Gastro-Angestellten haben Sie immer Anrecht auf zwölf freie Sonntage pro Jahr – und zwar unabhängig davon, ob Sie Erziehungspflichten haben oder nicht.

## Invaliddität: Habe ich Anrecht auf eine IV-Rente?

Da ich nach meinem Studium in Deutschland keine Arbeit gefunden habe, entschied ich vor zweieinhalb Jahren, mein Glück in der Schweiz zu versuchen. Es klappte, und ich habe sofort Arbeit gefunden. Leider bin ich nun vor einem halben Jahr schwer erkrankt; gemäss den Ärztinnen und Ärzten werde ich dauernd erwerbsunfähig bleiben. Habe ich Anspruch auf eine Invalidenrente?

**MYRIAM MUFF:** Es kommt darauf an, ob Sie vor oder neben Ihrem Studium bereits gearbeitet haben. Auch wenn alle in der Schweiz wohnhaften oder erwerbstätigen Personen obligatorisch der IV unterstellt sind, heisst das noch nicht, dass sie in jedem Fall Anspruch auf Leistungen haben. Für eine IV-Rente sind nämlich grundsätzlich drei Beitragsjahre in der Schweiz erforderlich. Diese Voraussetzung erfüllen Sie im konkreten Fall nicht. Haben Sie jedoch vor Ihrem Umzug in die Schweiz bereits in Deutschland oder in einem anderen EU- oder EFTA-Land gearbeitet und Versicherungsbeiträge bezahlt, wird Ihnen diese Zeit angerechnet. Auch dann müssen Sie aber in der Schweiz mindestens ein ganzes Beitragsjahr vorweisen können, um die IV-Rente zu erhalten. Haben Sie aber vor dem Abschluss Ihres Studiums noch gar nie gearbeitet, erhalten Sie mit zweieinhalb Beitragsjahren in der Schweiz leider keine IV-Rente.

Geblitzt, notiert, bestraft: Was tun, wenn Sie eine Busse erhalten?

# Wenn kleine Sünden grossen Ärger machen

Über 900 Millionen Franken Bussgelder kassiert der Staat jährlich. Die hohle Hand machen aber auch Firmen und verlangen Geld für Schwarzfahren, Falschparkieren oder Ladendiebstahl. Wer darf Bussen verteilen, und wie wehren Sie sich, wenn die Forderung nicht gerechtfertigt ist?

MARTIN JAKOB

Da waren Sie gerade mal 7 km/h zu schnell unterwegs: macht 100 Franken Busse. Sie waren mit dem Velo nachts ohne Licht unterwegs: 20 bis 60 Franken. Sind Sie im Park mit einem Joint erwischt worden? 100 Franken. Falls Sie im Kanton Bern über die Polizeistunde hinaus in der Beiz sitzen bleiben: macht 40 Franken fürs «Überhöckle». Und spucken Sie in Volketswil ZH auf öffentlichen Boden, kostet Sie das 30 Franken.

In allen genannten Fällen handelt es sich um Ordnungsbussen. Sie unterscheiden sich von Geldstrafen, die nur ein Gericht verhängen darf, durch ihre geringere Höhe (bis 300 Franken) und dadurch, dass sie direkt von den dazu ermächtigten Amtspersonen verhängt werden. Also zum Beispiel von der Polizei, von Forstwarten und Jagdaufsehern. Die Bus-

aller Art nur die Höchststrafe im Ordnungsbussenrecht: ganze 300 Franken. Auch den Gemeinden steht es frei, eigene Bussen zu verordnen. So belegt Grüsch GR im Prättigau das Betreten und Befahren von Äckern oder Heuwiesen während der Vegetationszeit mit 100 Franken Busse, und in Volketswil, wo die 30-Franken-Busse fürs Spucken gemäss dem Polizeichef Roland Vetter letztmals im Jahr 2020 ausgestellt wurde, steht auch das Belästigen oder Erschrecken von Personen und Tieren unter Strafe: 100 Franken Busse.

### EINSPRACHE IST RISKANT

Erhalten Sie eine Ordnungsbusse aufgebracht, stehen Ihnen zwei Möglichkeiten offen:

- **Bezahlen Sie die Busse sofort oder innert der gesetzten Frist** (in der Regel 30 Tage), ist das Verfahren ohne weitere Folgen abgeschlossen. Der Vorgang wird in kein Register eingetragen und keiner weiteren Amtsstelle gemeldet.
- **Erheben Sie aber Einsprache oder lassen Sie die Zahlungsfrist verstreichen**, wird ein ordentliches Strafverfahren eingeleitet. «Ob sich das lohnt, ist bei Ordnungsbussen im Strassenverkehr in jedem Einzelfall sorgfältig zu prüfen», sagt Roman Schlatter vom Coop-Rechtsschutz (siehe auch work-Tipp). «Im ordentlichen Verfahren nimmt die Staatsanwaltschaft eine Gesamtwürdigung vor. Kommt sie nach Einblick in die Polizeiakten zum Schluss, dass die beschuldigte Person durch die Widerhandlung jemanden gefährdet, verletzt oder Schaden verursacht hat, besteht sogar das Risiko einer Meldung ans Strassenverkehrsamt. Dieses prüft in einem zweiten Verfahren eigene Massnahmen wie etwa eine Verwarnung oder einen Führerausweisentzug.»

Auch falls im Strafverfahren nur die Ordnungsbusse bestätigt

### «Überhöckle» in der Beiz kostet im Kanton Bern 40 Franken.

sen müssen in einem Katalog beschrieben sein, ihre Höhe ist für jede Widerhandlung verbindlich festgelegt und für alle gleich.

### 422 VERKEHRSSÜNDEN

Die Ordnungsbussenverordnung des Bundes umfasst über 500 Punkte, 422 davon betreffen Übertretungen nach dem Strassenverkehrsgesetz. Zusätzlich haben die Kantone eigene Bussenverordnungen, die sich durchaus voneinander unterscheiden. Zum Beispiel beim Littering: Das Entleeren eines Aschenbechers im Freien kostet im Kanton Luzern 80 Franken, im Kanton Bern 150 Franken, das Liegenlassen von Hundekot im Kanton Zürich 60 Franken, im Luzernischen 80 Franken und bei den Bernern 100 Franken. Und der Kanton Aargau kennt für Littering



### WORKTIPP

### RECHTSHILFE VON EXPERTEN

Als Unia-Mitglied geniessen Sie Rechtsschutz in allen arbeitsrechtlichen und in Sozialversicherungsfragen. Zur Ergänzung empfiehlt sich der Abschluss der Coop-Rechtsschutzversicherung, Unia-Mitglieder und Ihre Familie erhalten für nur 120 Franken Jahresprämie einen kompletten Verkehrs- und Privatrechtsschutz. Auch im Fall einer Ordnungsbusse. [unia.cooprecht.ch](http://unia.cooprecht.ch)

wird, besteht ein hohes Risiko von zusätzlichen Verfahrenskosten, die leicht ein Mehrfaches der Busse betragen. Schlatter rät deshalb, nie «aus Prinzip» Einsprache zu erheben, sondern eine genaue Chancen-Risiko-Abwägung vorzu-

nehmen und zu bedenken, dass Gerichte dazu neigen, der Polizei mehr zu glauben als der gebüsten Person, wenn Aussage gegen Aussage steht.

### BUSSEN, DIE KEINE SIND

Der Volksmund nennt sie gern Bussen: die Geldbeträge, welche die SBB fürs Fahren ohne gültigen Fahrausweis, die Ladengeschäfte bei Diebstahl oder Grundeigentümer fürs unbefugte Parkieren verlangen. Jedoch: Bussen sind das strengenommen nicht. Die öffentlichen Verkehrsbetriebe haben das Recht, ertappten Schwarzfahrern einen Zuschlag aufzubrummen (bei den SBB aktuell

90 Franken), und tun das fleissig. Einspruch ist schwierig, freiwillig zeigen sich die Verkehrsbetriebe

### Wer schwarzfährt, zahlt keine Busse. Aber einen Zuschlag.

selten kulant. Unterstützung leistet dann allenfalls die Ombudsstelle öffentlicher Verkehr ([rebrand.ly/voev](http://rebrand.ly/voev)).

Wer im Laden eine Kleinigkeit mitlaufen lässt, ertappt wird und dann neben der Nachzahlung für die Ware auch noch 100 Franken oder mehr «Umtriebsentschädigung» bezahlen soll, hat meist

nur die Wahl zwischen Teufel und Beelzebub: entweder die 100 Franken zu bezahlen oder eine Strafanzeige des Ladens zu riskieren. Der Laden darf zwar mit der Anzeige nicht direkt drohen – das wäre eine strafbare Nötigung –, aber eine Antönung reicht ja auch.

Und schliesslich jene Grundeigentümerinnen und -eigentümer, die Geld für unbefugtes Parkieren verlangen: Haben sie ein richterliches Verbot erwirkt und weisen darauf gut sichtbar hin, können sie Fehlbare anzeigen oder von ihnen eine Umtriebsentschädigung verlangen. Wird diese nicht bezahlt, kann stattdessen die Anzeige erfolgen.

### DARF MICH DIE FIRMA BÜSSEN?

## ACHTUNG, FIRMENPOLIZEI

Logistikfachmann Henry Huser hat beim Manövrieren mit dem Hubstapler die Signalweste nicht getragen, sein Vorarbeiter meldet das der Chef: 20 Franken Busse. Disponentin Karin Keller ist beim Rauchen auf der Toilette erwischt worden, obwohl doch das Rauchen im ganzen Firmengebäude strikt verboten wäre: 50 Franken Busse. Aber: Dürfen Firmen überhaupt ein Fehlverhalten von Mitarbeitenden mit Bussen ahnden? Ja, unter Umständen ist das möglich, obwohl sie gegenüber Angestellten grundsätzlich keine Disziplinargewalt haben. Wobei es sich rechtlich gesehen gar nicht um Bussen handelt, sondern um Konventionalstrafen, also um Strafen für eine Regelverletzung.

**VERHÄLTNISS WAHREN.** Überdies müssen einige Voraussetzungen zwingend erfüllt sein. Zum einen muss der Bussenkatalog direkt im Arbeitsvertrag oder in einem Reglement stehen, und die Verfehlungen und die Höhe der dafür fälligen Bussen müssen genau definiert sein. Zum anderen müssen die Bussen verhältnismässig sein: Das Rauchen einer Zigarette in einem Bürohaus verursacht zwar unangenehme Gerüche, gefährdet aber Dritte nicht ernsthaft. Eine Busse über 80 Franken – so viel kostet Rauchen in öffentlichen Gebäuden gemäss Ordnungsbussenverordnung des Bundes – wäre das schwer vertretbar. Die gleiche Handlung in einem Raum mit brennbaren Materialien muss dagegen als grobfährhässig eingestuft werden und kann allenfalls höher gebüsst werden. Von der Firma verhängte Bussen dürfen aber nie den Charakter von Schadenersatzzahlungen haben, denn die Schadenersatzpflicht von Angestellten ist im Obligationenrecht geregelt und muss von der Firma im Einzelfall berechnet und bewiesen werden. (jk)

## saldotipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



**KLASSISCH.** Die Kombination aus Verstärker/Receiver, Boxen und komfortablem Ohrhörer wird heute ergänzt mit modernen Empfangstechniken. FOTO: ADOBE STOCK

## Darauf sollten Sie beim Stereoanlagen-Kauf achten

Trotz In-Ear-Kopfhörern oder Bluetooth-Boxen: für Anhängerinnen und Anhänger des guten Klangs braucht es zum Musikhören auch heute noch eine Stereoanlage. Das Musikverhalten hat sich in den letzten Jahren allerdings stark verändert: Musik wird heute mehrheitlich übers Internet und übers Handy gehört, immer weniger auf CD oder Schallplatte. Folgendes sollten Sie deshalb beim Kauf einer Anlage beachten:

**Wer guten Klang will, braucht noch immer eine gute Anlage.**

**DER PASSENDE RECEIVER.** Zum Musikhören reicht ein Stereo-Receiver. An ihm lassen sich zwei Boxen anschliessen. Anders ist es, wenn man auch Filme mit Surround-Ton abspielen will, der von allen Seiten kommt. Dann braucht man einen AV-Receiver. An ihm lassen sich Surround-Lautsprecher, der Blu-ray-Player oder Spielekonsolen anschliessen. Eine praktische Variante sind Streaming-Receiver. Diese sind mit dem Internet verbunden und können Streaming-Apps wie Spotify direkt und ohne Handy empfangen. Auch das Streamen von einem Netzwerkspeicher (NAS) aus ist damit möglich. Wichtig ist ausserdem die Bluetooth-Funktion, um das Handy mit der Anlage zu verbinden.

**DAS PASSENDE RADIO.** UKW soll in der Schweiz Ende 2024 abgestellt werden. Die Nachfolger sind DAB+ und Internetradio. Selbst wenn das Internet ausfällt, hat man mit DAB+ Empfang. Dafür ist die Verbindung mit Internetradio auch bei schlechtem Antennensignal möglich. Zudem lassen sich mehrere Zehntausend Sender übers Internet empfangen – deutlich mehr als mit DAB+.

MARC MAIR-NACK

Arbeitskleidung ist auch eine Frage der Kosten. Das Gesetz regelt sie unvollständig.

# Wer bezahlt Ihren Helm – und wer die Uniform?

Was Berufskleidung ist, wer dafür bezahlt und wer sie reinigen muss, ist durchs Gesetz nicht bis ins Detail geregelt. Oft schafft der GAV mehr Klarheit.

MARTIN JAKOB

Eins ist sicher – und wird doch nicht in allen Firmen korrekt gehandhabt, wie die Suva immer wieder feststellt: Alle Kleidungsstücke, die zur persönlichen Schutzausrüstung zählen, muss die Firma zur Verfügung stellen und bezahlen. Ebenso ist sie für Reinigung, Instandhaltung und Ersatz zuständig. Das ist im Arbeitsgesetz genauso klar geregelt wie in der Verordnung über die Unfallverhütung. Zur persönlichen Schutzausrüstung zählen je nach Beruf und Arbeitsplatz:

Sicherheitsschuhe, gepolsterte oder signalfarbene Überkleider, Helm und Schutzbrille. Dafür kann – mehr noch: muss – die Firma auch verlangen, dass die Schutzausrüstung bei der Arbeit tatsächlich getragen wird.

**TENUEBEFEHL.** Weniger eindeutig liegen die Dinge bei der Uniform oder bei der Dienstkleidung, wie sie etwa in der Gastronomie und im Detailhandel üblich sind. Zwar sagt

### Für Schutzkleidung muss auf jeden Fall die Firma aufkommen.

das Obligationenrecht, die Arbeitenden seien von der Firma «mit den Geräten und dem Material auszurüsten», das zur Ar-

beit notwendig sei. Zweifellos fällt die obligatorische Uniform – also jede Form von befohlener Einheitskleidung – unter diese Bestimmung. In der steht aber auch, sie gelte nur, falls nichts anderes verabredet oder üblich sei. Die Firmen können also in Arbeitsverträgen oder Reglementen festlegen, dass Uniformen ganz oder teilweise von den Arbeitenden zu bezahlen seien, oder sie können eine Depotzahlung verlangen. Können die Arbeitskleider nicht in der Freizeit getragen werden, ist auch die Reinigung Sache der Firma. Sie kann den Arbeitenden aber auch eine Waschpauschale bezahlen.

So oder so: Besteht ein Gesamtarbeitsvertrag, der die Frage der Uniform oder einer anderen Art der Berufsklei-

dung verbindlich regelt, kann die Firma nicht zum Nachteil der Mitarbeiterin oder des Mitarbeiters davon abweichen. Auf [gav-service.ch](http://gav-service.ch) können Sie nachschauen, ob und wie Ihr GAV diese Frage regelt.

**KAUFZWANG: NEIN.** Firmen in der Modebranche sehen es gern, wenn die Angestellten Kleider der eigenen Marken tragen. Wünschen dürfen sie das. Falls sie es aber anordnen, müssen sie die Kleider kostenlos abgeben. Erzwungene Käufe im eigenen Geschäft sind durchs sogenannte Truckverbot ausdrücklich untersagt!

**TENUEWECHSEL.** Ob Umkleizeit zur anrechenbaren Arbeitszeit zählt, ist gesetzlich nicht ausdrücklich geregelt. Auf ge-

werkschaftlichen Druck hin ist mittlerweile klar: Das Umziehen zählt zur Arbeitszeit, wenn es für die Tätigkeit notwendig ist. Das Seco hält in einer Wegleitung dazu fest, das gelte zum

### Schauen Sie nach, ob Ihr GAV das Thema Berufskleider regelt.

Beispiel für das Anziehen von Schutzausrüstung aller Art oder von steriler Arbeitskleidung. Bei Arbeitsuniformen ohne Schutzfunktion zählt das Umziehen hingegen nicht zur Arbeitszeit, wenn die Angestellten wählen können, ob sie sich zu Hause oder am Arbeitsort umziehen. Dies ist zum Beispiel bei einer Kassierin im Supermarkt der Fall.

### HASENÖHREN & CO. SAUGLATT HAT GRENZEN

Hasenohren zu Ostern, Chlausmützen im Advent: Im Detailhandel haben es manche Geschäfte gerne originell. Nun haben die Firmen zwar ein Weisungsrecht, das auch auf spezielle Kleidung anwendbar ist – aber nur, wenn das vorgeschriebene Outfit nicht entwürdigend ist. Die Firma darf Ihre Persönlichkeit und Würde nicht verletzen, und verboten sind auch Kleidervorschriften, die sachlich keine Begründung haben. Mehr dazu im work-Beitrag vom März 2018: [rebrand.ly/kleidervorschrift](http://rebrand.ly/kleidervorschrift)

## Taschenstatistik Sozialversicherung Wissen kompakt

Die kostenlose Taschenstatistik des Bundes zu den Sozialversicherungen ist eine aufschlussreiche Lektüre. Gerade ist die neuste Ausgabe erschienen.

Als Bettelktüre eignet sich ein gutes Buch besser. Aber gehalten ist sie schon, die Taschenstatistik 2022 zu den Sozialversicherungen der Schweiz. Auf gerade mal 32 Seiten fliessen satte 212 Milliarden Franken durchs fein verzweigte System der Vorsorge. Zu jeder Sozialversicherung sind die Ein- und Ausgaben und ihre Entwicklung über die Jahre bis 2020/2021 aufgezeichnet.

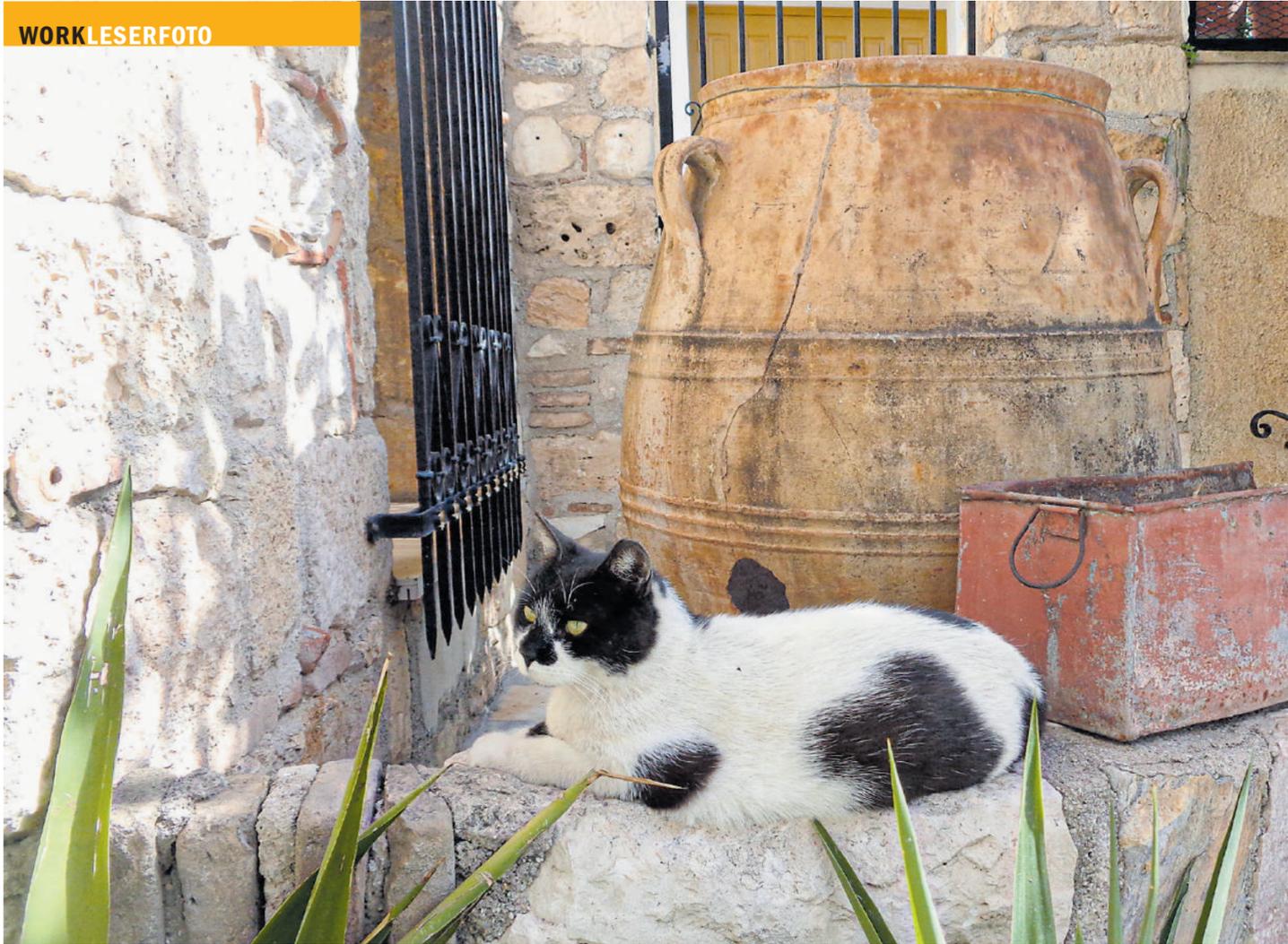
Da erfährt man beispielsweise, dass ● die Durchführungs- und Verwaltungskosten der AHV rund ein halbes Prozent der ausbe-

zahlten Leistung betragen, bei den Pensionskassen hingegen im Jahr 2020 ungläubliche 13,6 Prozent erreichten, ● die Zahl der in den Coronajahren 2020 und 2021 gemeldeten Unfälle aus der Betriebs- und Nichtbetriebsunfallversicherung deutlich tiefer ausfiel als in den Vorjahren, ● die pro Tag ausbezahlte Mutterschaftsentschädigung im Durchschnitt 130 Franken betrug ● und die Schweiz im Vergleich mit europäischen Nachbarländern im Verhältnis zu ihrer Wirtschaftsleistung (Bruttoinlandsprodukt, BIP) am wenigsten für Sozialschutzleistungen ausgibt. (jk)

Die Taschenstatistik mit allen Zahlen und Fakten ist als Gratis-Download hier erhältlich: [rebrand.ly/taschenstatistik](http://rebrand.ly/taschenstatistik)

**GUT GESCHÜTZT:** Zum Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz sind die Firmen verpflichtet, die geeignete Ausrüstung abzugeben – kostenlos. FOTO: ADOBE STOCK





WORKLESERFOTO

WORKPOST

WORK 12 / 1.7.2022:  
ADIEU, MARIE-JOSÉE KUHN

## Marie-Jo, danke für das Wunder!



Ich habe Marie-Jo während meiner Zeit als Nationalrat kennengelernt. Im Gegensatz zu den meisten Bundeshaus-Journalistinnen und -Journalisten, die vor allem an Gossip interessiert waren, stellte Marie-Jo wichtige Fragen und liess sich nicht mit billigen Antworten abspesen. Vor allem diejenigen, die formell dem linken Lager angehörten, aber neoliberal angehaucht waren, versuchten ihr deswegen aus dem Wege zu gehen. Als sie dann die WOZ verliess, war ich ausgesprochen verärgert. Schon wieder jemand, der vom Schiff absprang, das sich damals in einer ungemütlichen Lage befand. Und wozu auch? Um Chefredaktorin einer Gewerkschaftszeitung, also eines Pfarrblattes, zu werden! Aber relativ bald wurde ich eines Besseren belehrt. Unter ihrer Leitung wurde work bald zum geschick-aggressiven Lichtblick im linken Lager, auch dank einem Hauch an intelligentem Populismus, den ich für notwendig erachte. Fazit: Heute lese ich lieber work als die WOZ. Und gerade deswegen ärgere ich mich, dass die Zeitung am Kiosk nicht erhältlich ist.

Ich habe eine reguläre Kolumne in «Area», der Unia-Zeitung der italienischen Schweiz. Den hiesigen Redaktorinnen und Redaktoren führe ich oft das Beispiel von work vor, «wovon wir den Ton, die Haltung, die Betitelung usw. übernehmen sollten». Bis jetzt mit mässigem Erfolg. Und da wir im Tessin sind, kommt gelegentlich die Bemerkung, «bist du nicht etwa in Marie-Jo verliebt?».

FRANCO CAVALLI, ALT NATIONALRAT, ONKOLOGE-PROFESSOR UND PRÄSIDENT VON MEDICUBA EUROPA

## Griechisches Idyll

WANN 1. Juni 2022  
WO Athen, Griechenland  
WAS Griechisches Büsi in der Athener Plaka  
Eingesandt von Gaby Ochsenbein, Bern

## Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.  
Senden an [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch), Betreff «Leserfoto»

## WORKPOST



WORK 12 / 1.7.2022:  
ADIEU, MARIE-JOSÉE KUHN

## Super gemacht!

Danke für alles, liebe Marie-Josée! Du hast super work gemacht!  
SANDRA KÜNZI, SLAM-POETIN, VIA FACEBOOK

## Alles Gute

Auch ich möchte dir, liebe Marie-Josée, für deine Arbeit beim work danken! Ich mag mich noch an die Diskussionen mit Peter Bodenmann und André Daguét über ein linkes Boulevardprojekt erinnern. Du hast es jetzt hingekriegt, natürlich nicht alleine. Jetzt wünsche ich einen gelungenen Aus-Einstieg!  
URS HÄNSENBERGER, HISTORIKER, PER MAIL

## Immer weiter im Unruhestand

Alles Gute für dich im Unruhestand und weiterhin Unruhestand für work.  
ANDI SCHEU, EX-UNIA-SEKRETÄR, RENTNER, VIA FACEBOOK

## Unermüdliche Schafferin

Danke, Marie-Josée, für dein unermüdliches Schaffen! Alles Gute.  
RUTH SCHWEGLER, SCHAUSPIELERIN, VIA FACEBOOK

## Einfach grossartig

Chapeau, liebe Marie-Josée! Grossartig deine Leistung!  
GION CABALZAR, MORONDAVA, ETHNOLOGE, MADAGASKAR, VIA FACEBOOK

## Zeit des «Dürfens»

Wie schnell doch die Zeit vergeht! Herzlichen Dank für deinen Einsatz und alles Gute für die kommende Zeit des «Dürfens»! Willkommen im Club!  
ALEX MUHEIM, RENTNER, VIA FACEBOOK

## Bitte nicht verschwinden!

Danke dir, Marie-Josée, und verschwinde doch bitte nicht in der «Pension»!  
RUTH-GABY VERMOT MANGOLD, ALT NATIONALRÄTIN UND PRÄSIDENTIN BEI DER SCHWEIZERISCHEN BEOBSACHTUNGSTELLE FÜR ASYL- UND AUSLÄNDERRECHT, VIA FACEBOOK

## Grosse Leistung

Congratulations, Marie-Josée, und Chapeau für all das, was du journalistisch geleistet hast.  
ISABELLE JACOBI, CHEFREDAKTORIN «DER BUND», VIA FACEBOOK

## Politisch stark

Danke für deine ungewöhnliche Leistung und dein grosses politisches Engagement.  
JÜRIG SCHÄRER, RENTNER, VIA FACEBOOK

WORK 12 / 1.7.2022:  
«DIESER DAUER-DRUCK BRICHT UNS DAS GENICK»

## Anständige Löhne

Der Fluch ist: Anbieter wie Galaxus bieten preislich meistens gute Angebote. Es sind nicht nur Leute mit «Geiz ist geil»-Mentalität, die dort einkaufen. Oft sind es auch solche, denen nichts anderes übrigbleibt, als das günstigste Angebot zu finden. Den ausbeuterischen Bedingungen kann nur ein Riegel geschoben werden, wenn jede Arbeit anständig bezahlt wird!  
SONJA SANTSCHI, PER MAIL

## Hände weg!

Ich bestelle nie dort, genauso bei Amazon!  
URSULA HEIMBERG STEGMANN, VIA FACEBOOK

## Kein Wunder

Mich wundert dies gar nicht...  
NANO ARCHIBALD NANU, VIA FACEBOOK

WORK 12 / 1.7.2022:  
AFFENHITZE BRINGT DEN BAU ANS LIMIT

## Grobfahrlässig

Bei diesen Temperaturen ist die Arbeit auf dem Bau mit körperlicher Höchstanstrengung eine Zumutung und aus gesundheitlichen Aspekten grobfahrlässig.  
JULIANA WEBER, VIA TWITTER

## Das muss aufhören!

Joggerinnen und Jogger werden medial ausführlich vor Sport in den grössten Hitzestunden gewarnt. Doch die Bauleute sollen bei der grössten Affenhitze arbeiten. Es geht den Baumeistern nur um Profit – koste es, was es wolle. Selbst wenn es die Gesundheit der Buezer ist. Das muss aufhören!  
HANNES BRECHBÜHL PER MAIL



**FABIO SULZER****HOLZ,  
GEIGE,  
AUFSTAND**

Badmeister ist bereits Fabio Sulzers dritter Beruf. Nach einer Schreinerlehre liess er sich zum Sozialpädagogen weiterbilden. «Beides war nicht meins», sagt er heute. Durch einen Freund erfuhr er von der Stelle in der Schaffhauser Rhybadi, bekam den Job und machte im Frühling 2021 die nötigen Lebensretterkurse. Derzeit arbeitet er zu rund 50 Prozent im Betrieb. Daneben hat er noch einen Job als Hilfs-maler. Er ist Mitglied der Unia.

**COUNTRY.** In der Freizeit liest Sulzer politische Literatur, jetzt gerade «Der kommende Aufstand» vom Autorenkollektiv «Comité invisible». Und er arbeitet gern mit Holz. Er restauriert Möbel, hat in Portugal einen Schopf gezimmert, auch den VW-Bus zum Reisen hat er selbst umgebaut. Kürzlich hat er sich eine Geige gekauft: «Ich möchte Countrymusik nicht nur hören, sondern gern auch selber machen. Aber da muss ich noch viel üben.»



**DOPPELT SICHER:** In der Rhybadi schwimmen die Gäste nicht nur unter Aufsicht von Fabio Sulzer. Auch «Baywatch»-Legende David Hasselhoff wacht hier über sie.

Wenn die Badisaison vorbei ist, geht es für **Fabio Sulzer (33)** wieder auf Reisen

# Coolness statt Schimpfis

**Neun Stunden volle Konzentration? Geht nicht, sagt Fabio Sulzer (33). Der Badmeister der Schaffhauser Rhybadi erzählt, warum er keinen Chef hat – und was ihn an Sonnencreme stört.**

CHRISTIAN EGG | FOTOS NICOLAS ZONVI

In seiner Kindheit sei der Badmeister für ihn eine Autorität gewesen, sagt der gelernte Schreiner Fabio Sulzer. Es gab Regeln und Verbote. Und Schimpfis, wenn sich jemand nicht daran hielt. «Das gibt es bei uns in der Rhybadi in Schaffhausen nicht», sagt der 33jährige.

Den zweiten Sommer in Folge arbeitet er hier als Badmeister. Und setzt auf Dialog statt starre Regeln. Wenn zum Beispiel Jugendliche vom seitlichen Rand ins Becken springen wollen, erklärt er ihnen, weshalb das gefährlich sei. Und das funktioniert: «Niemand will jemand anders absichtlich gefährden.» Zu laute Musik? Oben ohne? Aufdringliches Flirten? Sulzer und seine

Kolleginnen und Kollegen gehen hin und bringen ein Gespräch in Gang. «Die Leute sollen miteinander reden und eine Lösung finden. Wir vermitteln, wenn nötig. Aber Verbote stellen wir keine auf.»

**SURFER.** Er sei nicht Badipolizist, sondern möchte als «Surfer-Dude» rüberkommen. Damit meint er: den Menschen auf Augenhöhe begegnen und cool bleiben. Und gleichzeitig voll präsent: Wenn er auf dem Badmeister-Stuhl sitzt, lässt er die beiden Schwimmbecken, durch die das Rheinwasser strömt, nicht aus den Augen. Und hat, wie er sagt, «immer einen Katalog im Kopf, wer wo badet: fünf ältere Personen, drei Kinder, dort eine Gruppe Teenager. Wenn eine Person nicht mehr dort ist, wo ich sie zuletzt gesehen habe, schaue ich umher, bis ich sie gefunden habe.»

Das ermüdet. Spätestens nach einer Stunde lasse die Konzentration nach, sagt Sulzer. Deshalb sind zwischen 10 und 19 Uhr immer zwei Badmeisterinnen oder -meister

eingeteilt. Einer beaufsichtigt die Becken, der andere versorgt das Bistro mit Getränke- oder Pommee-Nachschub, spricht mit den Badegästen, hilft bei kleinen Blessuren oder entfernt «Spriese», die es in der 152 Jahre alten Holzbadi immer wieder gibt. Oder geht selber kurz ins Wasser, um sich abzukühlen. Ja, das sei auch während der Schicht erlaubt. Auch für die, die in der Küche arbeiteten.

**KEIN CHEF.** Der Betrieb ist als GmbH organisiert und pachtet die Badi jeweils von Mai bis September. Einen Chef oder eine Chefin gibt es nicht. «Wir sind eine Gruppe, alle haben gleich viel zu sagen, alle sind verantwortlich.» Auch der Dienstplan entsteht im Konsens: An einem Treffen im Frühling verteilt die Gruppe alle Schichten der Saison, Tag für Tag. Die Stimmung sei hervorragend, man helfe sich gegenseitig aus, «die Badi ist im Sommer unser Wohnzimmer».

Ein Beruf ohne Schattenseiten? Das nicht, sagt Fabio Sulzer. Der Lohn, 26 Fran-

ken 70 brutto pro Stunde, sei nicht berauschend, die Arbeitstage lang: neun Stunden dauert eine Schicht. «Nach sieben Stunden fängst du an, auf die Uhr zu schauen.» Und obwohl er sehr gern draussen ist: dauernd an der prallen Sonne müsste es nicht sein. Und dieses dauernde Einschiern, «mit allen möglichen Substanzen». Der Badmeister gesteht: «Ich finde Sonnencreme wahnsinnig unangenehm. Alles wird so glitschig!» Von der Ökologie ganz zu schweigen. Denn beim Baden gelange die Chemie unweigerlich in den Rhein. «Ich schütze mich vor Sonnenbrand und schädige gleichzeitig die Natur. Das geht mir gegen den Strich.»

Die Auswirkungen des Hitzesommers 2022 sind in der Badi überall spürbar, so Sulzer. Die grossen Becken hätten einen Naturboden, dort wachse immer ein wenig Seegras. Normalerweise entferne dies der Badmeister oder die Badmeisterin frühmorgens. Doch dieses Jahr seien die Pflanzen gewachsen wie nie: «Wir mussten Taucher kommen lassen. Rund zehn Leute brauchten mehr als zwei Stunden, um das Gras zu mähen.» In den Kinderbecken mit Betonboden sorgten dagegen Algen für Rutschgefahr: «Wir kamen schlicht nicht mehr nach mit Putzen.»

Seegras und Algen sind das eine, Trockenheit und schmelzende Gletscher das andere. Hässig macht ihn, dass jetzt, angesichts drohender Energieknappheit, plötzlich wieder das umweltschädliche Fracking salonfähig oder die Atomenergie als nachhaltig eingestuft wird: «Die Versprechen der Mächtigen, das zu ändern, sind schon wieder vergessen!»

**EXPERIMENT.** Für sich hat er die Konsequenzen gezogen. Zusammen mit seiner Lebenspartnerin, auch sie arbeitet in der Rhybadi, wohnt er seit diesem Frühling in einer Schrebergarten-Hütte. Offiziell erlaubt, wie er betont. «Weniger Ressourcen verbrauchen heisst, Natur und Mensch weniger auszubeuten.» Ist der Badmeister ein Aussteiger? Nein, sagt er. Essen und Kleider müsse er weiterhin kaufen. «Der Kapitalismus holt dich wieder ein. Aber wir experimentieren mit Alternativen.»

Mitte September schliesst die Rhybadi. Wie geht es dann beruflich weiter? «Gar nicht», sagt er und lacht herzlich. Die Arbeitsverträge laufen aus, das Paar geht auf Reisen. Wie letzten Winter. Fünf Monate haben die Gastrofrau und der Badmeister in Portugal vom Ersparten gelebt, in einem VW-Bus: «Eine schöne Erfahrung.»

**Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriff, kritisch, frech.**

**work abonnieren.**

**Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.**

Vorname/Name \_\_\_\_\_

Strasse \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Telefon/E-Mail \_\_\_\_\_

work, Abodienst, Postfach, 3000 Bern 16. www.workzeitung.ch

**WORKIMPRESSUM** work ist die Zeitung der Gewerkschaft. **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia. **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern. **Postadresse** Postfach, 3000 Bern 16. **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18. **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch. **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch. **Internet** www.workzeitung.ch. **Redaktion** Anne-Sophie Zbinden (Chefredaktorin), annesophie.zbinden@workzeitung.ch; Jonas Komposch (Stv. Chefredaktor), jonaskomposch@workzeitung.ch; Patricia D'Incau (Produzentin/Redaktionsleiterin), patriciadincau@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Darja Knezevic, darjaknezevic@workzeitung.ch. **Mitarbeit an dieser Nummer** Katrin Bärtschi, Peter Bodenmann, Martin Jakob, Mattia Lento, Klaus Petrus, Andreas Rieger, Clemens Studer, Jean Ziegler. **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch. **Korrektur** Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch, Andrea Leuthold. **Sekretariat** Fabienne Jallily (Di, Mi, Fr vormittag), verlag@workzeitung.ch. **Anzeigenmarketing** Fabienne Jallily, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch. **Druck** CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen. **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.–. **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. **Übrige Abonnenten:** Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch. **Auflage** 69 344 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.